Nr. 226. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 27. September 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Unsere Postabonnenten wollen umgehend das Abonnement erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Bange machen gilt nicht!

(Schluß.)

In England verlangt man, daß ein Minister des Innern aus eigener Kenntniß über so wichtige Vorgänge des öffentlichen Lebens, wie es die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern sind, genau unterrichtet ist und sie objektiv beurtheilt. Denn die Anschauung: wem der Herr ein Amt giebt, dem giebt er auch den dazu nöthigen Verstand, haben doch nur noch politische Säuglinge. Leider sind wir in Deutschland noch nicht so weit wie anderwärts. Hier genügt manchmal eine kurze gelegentliche Privatunterhaltung mit einem Interessenten, um zu den wichtigsten Fragen Stellung zu nehmen und über sie abzuurtheilen. Deshalb kann bei uns auch nicht vorkommen, was vor einigen Jahren in England passirte, daß, als eine Deputation von Gewerkvereinsmitgliedern zu dem Minister des Innern kam, um in einer Angelegenheit seine Intervention zu erbitten, dieser antwortete:

„Er sehne den Tag herbei, an dem der letzte Arbeiter in England einem Gewerkverein angehöre."

Ein solcher Gedanke ist dem Grafen Posadowsky nicht nur unfaßbar, er betrachtet ihn vermuthlich als eine Art Hochverrath an der bürgerlichen Gesellschaft. Das hindert aber nicht, daß die bürgerliche Gesellschaft Englands sich bei solchen Anschauungen ihrer Minister wohler fühlt, als dieses bei dem deutschen Bürgerthum mit der Ansicht seiner Minister der Fall ist.

Graf Posadowsky würde aber auch aus den Werken der Webb's entnehmen können, daß es ein fundamentaler Irrthum ist, anzunehmen, es sei die Sozialdemokratie die Urheberin dieser Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern. Er würde erfahren, daß solche Kämpfe sogar schon Jahrhunderte vor der großkapitalistischen Entwickelung, als noch Handwerk und Manufakturbetrieb die herrschende Produktionsweise bildeten, ausgefochten wurden. Und zwar nicht blos in England, sondern auch in Deutschland. Er würde ferner erfahren, daß die große Mehrzahl der Leiter dieser Kämpfe in England gegen das Unternehmerthum bis zu diesem Augenblick zu jeder anderen Partei, nur nicht zur Sozialdemokratie sich bekennt. Auch würde er erfahren, daß trotz dieser Thatsache in keinem Lande Europa's so große und gewaltige Streiks, sowohl in bezug auf die Masse der Betheiligten wie in bezug auf die Dauer und Hartnäckigkeit der Kämpfe zum Ausbruch gekommen sind, wie in England. Wir erinnern hier nur an den letzten Maschinenbauerstreik, der sogar die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich lenkte. Daß aber schließlich trotzdem die verschiedenen sich folgenden Regierungen wie die herrschenden Klassen Englands zu der Ansicht gekommen sind, nicht Ausnahmegesetze und Gewaltmittel seien die richtigen Waffen des Staats und der Gesellschaft gegen Kämpfe, die eine menschenwürdigere Lage für die Arbeiterklasse herbeiführen sollen, sondern gesetzliche Anerkennung der Gewerkvereine und Schutz und Unterstützung ihrer Bestrebungen.

Es mag freilich dem leitenden Minister eines Kasernenstaates, wie es das Deutsche Reich ist, außerordentlich schwer fallen, solche Wahrheiten ebenfalls zu akzeptiren, aber schließlich muß ihn doch der Respekt vor dem eigenen Amt und die Furcht vor parlamentarischen Niederlagen und Blamagen dazu nöthigen.

Bis jetzt hat in Deutschland auch noch kein Blatt zu sagen gewagt, was vor einigen Jahren ein englisches Blatt „Die Edinburgh Review" sagte, indem sie äußerte: „daß die (einheimische Industrie nicht halb so weit vorgeschritten wäre, wenn die Löhne von der Entdeckung des Spinnrahmens bis auf die Gegenwart auf dem gleichen Niveau und Arbeiterkoalitionen und Streiks unbekannt geblieben wären".*) Oder daß ein Nationalökonom in Deutschland lehrte, was M'Culloch in England lehrt: „Kein größeres Uebel kann die Arbeiterklasse befallen, als daß sie in ihren Ansichten von der Art und Weise ihrer Lebenshaltung bescheidener wird. . . . Das Beispiel von einzelnen Personen oder Gruppen von Personen, die sich ruhig einer Lohnreduktion unterwerfen und mit dem nackten Lebensunterhalte zufrieden sind, sollte niemals zu allgemeiner Nachahmung empfohlen werden. Man sollte im Gegentheil dahin wirken, daß eine derartige Gleichartigkeit für schmachvoll gehalten wird.**)

Ein deutscher Nationalökonom, der solche ketzerische Ansichten auszusprechen wagte, würde gesteinigt werden.

Merkwürdigerweise giebt es aber auch sehr viele englische Unternehmer, die gleich ketzerische Ansichten wie M'Culloch haben. So äußerte sich einer der größten englischen Industriellen also:***)

„Wir Unternehmer verdanken als Klasse den Verbesserungen der Produktionsmethoden, die eine Folge der Festigkeit und Unabhängigkeit der Gewerkvereine sind, mehr als wir zuzugeben geneigt sind. Unsere industrielle Solidität und unser Unternehmungsgeist sind der Neid der Welt. Die Energie und Hartnäckigkeit der Gewerkvereine haben die Annahme von Parlamentsakten durchgesetzt, die von Unternehmern und Politikern sonst nicht unterstützt worden wären und die alle die Tendenz haben, den britischen Handel zu fördern . . . . Jeder intelligente Unternehmer wird zugeben, daß seine Fabrik und seine Werkstätte, die mit allen vom Parlamente für das Wohlergehen und den Schutz der Arbeiter vorgeschriebenen Bequemlichkeiten, sanitären Einrichtungen und Schutzvorrichtungen versehen ist — obschon er vielleicht große Anstrengungen gemacht und sogar Opfer gebracht haben mag, um sie einzurichten — ein viel werthvollerer Besitz im vollen Sinne des Wortes geworden ist und daß ihm infolge der besseren Arbeitsbedingungen, unter denen seine Arbeiter thätig sind, ein Profit zugewachsen ist."

Wo ist der deutsche Unternehmer, der gleich objektiv über den günstigen Einfluß von Arbeiterorganisationen auf die Entwickelung der Industrie zu urtheilen wagte?

Und daß dabei keine Befürchtung besteht, daß Deutschland mit seinen vielfach gezahlten Hungerlöhnen und fast unbeschränkter Arbeitszeit England aus dem Felde schlägt, dafür spricht ein Urtheil eines der größten internationalen Finanzmänner der Welt, der kürzlich mit einiger Ueberraschung bemerkte, „daß trotz der wachsenden Ansprüche, die die englische Gesetzgebung und die englischen Gewerkvereine auf Einmischung in die privaten Unternehmungen und auf Einführung liberaler Arbeitsbedingungen erheben, andere Länder thatsächlich in steigendem Maße bestrebt wären, ihre Ersparnisse in englischen Unternehmungen anzulegen und London mehr als früher an Anziehungskraft für den fähigen Geschäftsmann gewönne".

Einem deutschen Unternehmer oder Minister, dessen Kopf mit den landläufigen Vorurtheilen über die Gewerkvereine und ihre Kampfmittel angefüllt ist, muß es beim Lesen der Werke der Webb's werden, als ginge ihm ein Mühlrad im Kopfe herum. Er begegnet überall einer Anschauungs- und Gedankenwelt, die ihn so fremd anmuthet, wie die Märchen „Aus Tausend und einer Nacht".

Aber was deutsche Minister und Unternehmer nicht begreifen wollen, begreift um so besser die deutsche Arbeiterklasse. Und die Macht der thatsächlichen Verhältnisse wird auch den ersteren Logik einpauken und Deutschland vor dem Unerhörten bewahren, daß ein Arbeiter, der zum Streik anreizt, um sich und seinen Leidensgenossen bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen oder unwürdige Zumuthungen zurückzuweisen, vom Gesetz als ehrlos angesehen und mit Zuchthaus bestraft wird.

Es ist dafür gesorgt, daß auch in Deutschland die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen, trotz Posadowsky, Stumm und alledem.

*) Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine. II 246.
**) A. a. Orte 165 II.
***) A. a. Orte II. 247/248.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. September.

Die Revision. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Brisson fand am Montag Vormittag ein Ministerrath statt. Sämmtliche Minister einigten sich dahin, die Revision des Dreyfus-Prozesses einzuleiten und die Dreyfus-Akten dem Kassationshof zu übermitteln.

Um andererseits die Armeefreunde etwas zu beruhigen, gab der Justizminister dem Generalprokurator Instruktion, daß jeder Angriff gegen die Armee unverzüglich gerichtlich verfolgt werden soll.

Jedenfalls ist erfreulich, daß die Minister trotz aller Schwierigkeiten den Weg der Revision fortzugehen entschlossen sind. Sie müssen diesen Weg gehen, wenn Frankreich zur Ruhe kommen soll. Sie müssen ihn gehen, gleichgiltig ob die neuesten Enthüllungen des Londoner „Observer" auf Wahrheit beruhen oder nicht. Ein Gewährsmann dieses Blattes berichtet folgende sensationelle Auslassungen Esterhazy's:

„Er (Esterhazy) habe das bekannte Bordereau auf Verlangen des Oberst Sandherr mit Kenntniß Henry's geschrieben. Obwohl beide todt seien, sei es noch möglich, dies zu beweisen. Das „Nachrichten-Bureau" besitze gegen Dreyfus nur moralische Beweise. Der deutsche Generalstab wäre in den Besitz von Aktenstücken gekommen, die nur Dreyfus hätte erlangen können. Das Bordereau wäre das Verzeichniß dieser Aktenstücke. Um Dreyfus auf die Probe zu stellen, habe man ihm einen erfundenen Plan für die Truppenzusammenziehungen an der italienischen Grenze diktirt; kurze Zeit darauf hätten französische Spione von entsprechenden Veränderungen erfahren, welche bei den italienischen Befestigungen vorgenommen werden sollten. Oberst Sandherr habe sich entschlossen, dieses Aktenstück zum Beweisstück für die Schuld des Dreyfus zu machen. Als Sandherr Esterhazy befahl, es zu schreiben, habe er ohne Zaudern aus militärischem Pflichtgefühl gehorcht. Alle militärischen Spionagebureaus handelten ebenso, auf andere Weise würden Spione niemals zur Bestrafung gebracht. Oberst v. Schwartzkoppen hätte die Wahrheit gesprochen, indem er erklärte, das Bordereau niemals gesehen zu haben. Der Agent des Nachrichtenbureaus stellte es dem Portier der deutschen Botschaft zu, welcher ein französischer Spion gewesen sei. Der Portier gab es an einen anderen Agenten mit Namen Genest, welcher es an das Nachrichtenbureau zurückbrachte, wo es als ein von der deutschen Botschaft erlangtes Dokument registrirt wurde. Das dem Kriegsgericht geheim mitgetheilte Aktenstück wäre der Brief mit der Redewendung „ce Canaille de D." Dieser Brief sei wirklich von Oberst v. Schwartzkoppen geschrieben, aber die angeführten Worte bezeichneten nicht Dreyfus, sondern einen Mann, namens Dollfus, welcher mehrere Jahre vor der Affäre Dreyfus dem deutschen Militär-Attachee Pläne der Befestigungswerke in der Umgebung von Nizza geliefert hätte. Die verschleierte Dame wäre die Frau Patty de Clam's gewesen."

Die Generalstabspresse ist wüthend über diese Eröffnungen Esterhazy's. Rochefort erklärt im „Intransigeant", Esterhazy sei vom Dreyfus-Syndikat bestochen. Dabei gesteht er zu, daß er selbst und seine Freunde ihm seit längerer Zeit monatlich 300 Franks und zur Zeit des Esterhazy-Prozesses noch besonders 1000 Franks gegeben hätten.

Esterhazy ist ein kompleter Lumpazius und auch seine jetzigen „Enthüllungen" verdienen nicht so ohne weiteres Glauben.

Maßnahmen gegen den Anarchismus. Wie wir bereits mittheilten, soll die Abhaltung einer internationalen Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus alsbald formell von Italien vorgeschlagen werden, nachdem sich alle Kabinette schon prinzipiell zustimmend zu der italienischen Anregung geäußert haben.

Die „K. Z." fordert eine Erweiterung der Gesetzgebung gegen den Anarchismus und sagt, man solle die Entdeckung anarchistischer Verbrechen dadurch fördern, daß man den Theilnehmern unter Umständen Straflosigkeit zusichert. Auch sei den Anarchisten gegenüber ohne Bedenken in weiterem Umfange von der Todesstrafe Gebrauch zu machen. Die mildere Bestrafung des Versuchs sei im Gegensatz zum vollendeten Verbrechen bei den anarchistischen Verbrechen ausgeschlossen und wie beim Hochverrath zu behandeln, wo jedes auf Ausführung unmittelbar gerichtete Unternehmen den Begriff des Verbrechens vollende.

Etwas weiteres als erneute und verschärfte Strafgesetze wissen die Organe der Bourgeoisie nicht vorzuschlagen. Damit ist aber die Erfolglosigkeit ihres Feldzuges gegen anarchistische Gewalthätigkeit von vornherein sicher.

Im übrigen kursiren weiter allerlei sensationelle Attentatsgeschichten, deren Unwahrheit sich alsbald herausstellt. So ist in Brüssel an dem Millionär Cromte ein erfolgloser Mordversuch unternommen worden. Triumphirend schreien schon einige Gauneblätter des Unternehmerthums: Wieder ein Anarchist! Es ist aber nichts damit. —

* * *

Deutsches Reich.

Auszeichnung. Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Charakters Wirklicher Geheimer Rath mit dem Titel Exzellenz an den Vorsitzenden der Reichskommission für Arbeiterstatistik Geheimrath Fleck. Die Verdienste dieses Herrn sind uns unbekannt, auf dem Gebiete der Förderung der Sozialpolitik liegen sie jedenfalls nicht. —

In der Bundesraths-Verordnung über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien ist unter anderem bestimmt, daß die Gehilfen außerhalb der zulässigen Arbeitsschichten nur zu gelegentlichen Dienstleistungen verwendet werden dürfen. Ueber den Begriff dieser gelegentlichen Dienstleistungen hat sich eine völlig übereinstimmende Auffassung noch nicht gebildet. Die Gerichte haben naturgemäß noch hin und wieder von einander abweichende Urtheile gefällt. Um eine zutreffende Interpretation des Begriffs zu erhalten, hatten sich einige Bäckerinnungen an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe gewandt. Dieser hat es, wie die „Berliner Pol. Nachrichten" melden, naturgemäß ablehnen müssen, die Interpretation zu geben, einmal weil die Gerichte doch nicht an eine von ihm getroffene Entscheidung gebunden wären und sodann, weil die Einzelaufführung der als gelegentliche Dienstleistungen aufzufassenden Arbeiten doch kaum ganz vollständig ausfallen kann. Auch einem weiter ausgesprochenen Wunsche, alle Nebenarbeiten im Bäckergewerbe als gelegentliche Dienstleistungen zu bezeichnen, hat der Minister nicht nachkommen können, weil gerade die letzteren zu den regelmäßigen Nebenarbeiten d. h. zu Arbeiten, die sich nach einer bestimmten Regel und in bestimmten Fristen, gleichviel von welcher Dauer, wiederholen, im Gegensatz stehen. Zu diesen sollen nach dem Willen des Gesetzgebers die Arbeiter außerhalb der täglichen Arbeitsschicht nicht herangezogen werden. Als das Entscheidende für den Begriff der „gelegentlichen Dienstleistungen" hat der Minister schließlich den Umstand bezeichnet, daß sie nicht zur Befriedigung regelmäßiger Bedürfnisse des Bäckereigewerbes dienen, sondern nur gelegentlich, d. h. ab und zu, ohne feste Regel erforderlich werden. —

Die deutsche Volkspartei hielt am Sonnabend und Sonntag ihren 19. Parteitag in Stuttgart ab. Die Arbeitslosen-Statistik, die auf dem Parteitag vor den Wahlen als großes Paradestück vorgeführt wurde, ist von der Tagesordnung abgesetzt worden. Der Vorort geht von Stuttgart auf Frankfurt a. M. über. Die Rechtspflege im Deutschen Reiche behandelte in einem energisch gehaltenen Referate Professor Quidde-München. Soweit sich seine Aeußerungen auf das Koalitionsrecht bezogen, bringen wir sie an anderer Stelle. Anläßlich des Parteiberichtes kam es zu erregten Debatten über das Verhältniß zur freisinnigen Volkspartei und über die Kandidatur Conrad in Fürth-Erlangen. In der Debatte betonte Quidde u. a., daß die Württemberger es leicht hätten, die Freisinnigen für Demokraten zu halten, da sie „das Glück hätten, in ihrem eigenen Lande keine solchen zu besitzen".

Alsdann besprach Reichstags-Abgeordneter Prof. Hoffmann-Stuttgart die Abrüstungsfrage.

Als letzter referirte Reichstags- und Landtags-Abgeordneter Conrad Haußmann über die durch die Reichstagswahlen geschaffene politische Lage.

Der Redner betonte, der Berliner „Volks-Ztg." zufolge, daß die agrarische Bewegung ebenso ihren Höhepunkt überschritten habe als die antisemitische, daß der politische Pessimismus sich aber in den angeschwollenen sozialdemokratischen Stimmzetteln äußere. Wir seien in die Aera der Kompromisse und Unentschiedenheit gelangt. Das Zentrum wie die Nationalliberalen würden weiter laviren und die Regierung habe ein Be-

dürftig nach Anlehnung und werde ohne zwingende Veranlassung den Reichstag nicht auflösen.

Der Traum einer großen liberalen Partei sei ausgeträumt und die Zeit einer großen demokratischen Partei noch nicht gekommen. Fusionen legten zu große Fesseln an. Dennoch sollte sich die Linke einschließlich der Sozialdemokratie ohne Verzicht auf die sie trennenden Unterschiede vereinigen zu thatkräftiger Forderung folgender Hauptpunkte:

Frontmachen gegen die Scharfmacher, energische Vertretung der Koalitionsfreiheit, Abwehr neuer Strafen, schrittweise Besserung des Arbeiterschutzes, Fortsetzung der Handelsvertragspolitik, Förderung der Abrüstung, an der der Adel freilich kein Interesse habe, gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, Beseitigung der militärischen und bureaukratischen Ausgestaltung unserer Kolonien, da wir alle Halbjahre einen Gouverneur brauchen und unsere chinesische neue Kolonie nur in den Akten liege, weiter: scharfe Vertheidigung des allgemeinen Stimmrechts, Forderung eines Reichs-Vereinsgesetzes.

Vieles werde vom Ausfall der preußischen Landtagswahlen abhängen, bei denen alle freiheitlich Gesinnten gegen die Junker zusammenstehen sollten. —

Eine drastische, aber völlig richtige Illustration des deutschen Preßgesetzes bildet eine Verhandlung vor dem Darmstädter Schöffengericht. Die „N. Hess. Volksbl." hatten über eine Landgerichts-Verhandlung berichtet, worauf ein Rechtsanwalt im Namen des damals Angeklagten von der Zeitung auf grund des § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung verlangte, deren Aufnahme das Blatt verweigerte, weil die in ihr berichteten Thatsachen objektiv unwahr waren. Der Rechtsanwalt stellte hierauf Klage. In der Verhandlung hierüber wurde der Beweis der Wahrheit dafür geführt, daß die Berichtigung unwahr gewesen. Dieser Wahrheitsbeweis ist völlig gelungen. Die sämmtlichen vernommenen Zeugen, darunter der damalige Vertreter der Staatsanwaltschaft, haben übereinstimmend bekundet, daß die „berichtigte" Darstellung durchaus wahr und richtig gewesen sei. Der Amtsanwalt begann sein Plaidoyer damit, daß er erklärte, daß sich unter den vorliegenden Umständen die allgemeine Empfindung gegen eine Bestrafung sträube und daß er anerkennen müsse, daß der Beweis der Wahrheit völlig erbracht und somit nachgewiesen sei, daß die „Berichtigung" des Herrn Rechtsanwalt Lindt keine Berichtigung gewesen sein. Wenn er gleichwohl zu einem Antrag auf Strafe gelange, so sei dies lediglich aus Rechtsgründen, da der § 11 des Preßgesetzes vom Redakteur die Aufnahme jeder „Berichtigung" verlange, wenn diese materiell auch noch so unrichtig sei. Das Gesetz wolle jedem Betheiligten das „formelle Recht" einer Gegenerklärung — ohne Rücksicht auf den Inhalt — geben und diese Rechte seien verletzt worden. Deshalb habe eine Bestrafung einzutreten, die er aber in Berücksichtigung des thatsächlichen Materials auf drei Mark zu bemessen bitte. Demgemäß lautete auch das Urtheil. So geschehen „von — Rechts — wegen."

Von einer Umfrage über die Fleischnoth, die die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" bei den großen Innungen und Schlachthof-Direktionen veranstaltet hat, und einem Theil der dabei erzielten werthvollen Ergebnisse haben wir unseren Lesern bereits vor einigen Tagen Kenntniß gegeben. In der Fortsetzung ihres Berichtes über die Umfrage legt die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" dar, welchen verderblichen Einfluß der durch die Grenzsperren hervorgerufene Fleischmangel auf die Erwerbs- und Vermögensverhältnisse des Fleischergewerbes ausgeübt hat. Die Unmöglichkeit, die Fleischpreise entsprechend den schnell emporgegangenen Viehpreisen zu erhöhen und die infolge der Theuerung erfolgte Abnahme des Fleischverbrauchs hätten den Verdienst der Fleischer stark geschmälert. Dazu käme, daß die Einführung hoher Schlachtgebühren und das Anwachsen der Betriebsspesen ohnehin einen nicht unerheblichen Theil des früheren Geschäftsgewinnes verzehrten. Namentlich die kleinen Fleischer seufzten schwer unter diesen Verhältnissen und viele von ihnen fänden sich vor die Existenzfrage gestellt. Aus den Einzelangaben ist in der That mit Bedauern zu entnehmen, wie der Wohlstand dieses Gewerbes, das Jahrhunderte lang zu den blühendsten Handwerken Deutschlands zählte, durch verfehlte wirthschaftliche Maßnahmen untergraben wird. Das aber nennt sich Mittelstandspolitik, Handwerkerpolitik! Des weiteren wird nachgewiesen, daß die verbrauchende Bevölkerung nicht minder leide, wie ihre Versorger, die Fleischer. Die hohen Fleischpreise hätten einerseits zur Einschränkung des Genusses von frischem Fleisch, bei den ärmeren Schichten theilweise zum Verzicht darauf genöthigt, andererseits habe man in den billigeren amerikanischen Fleischwaaren, in den Küstenstrichen auch in der Fischnahrung Ersatz suchen müssen; bei den ärmeren Schichten müsse sogar der Hering als Surrogat herhalten. Glücklicherweise seien Arbeitsgelegenheit und Lohnverhältnisse in den letzten Jahren günstige gewesen; sonst hätte die Abnahme des Fleischverbrauchs namentlich im Arbeiterstande unzweifelhaft in noch viel größerem Maße eintreten müssen. Höchst bezeichnend ist, daß in zahlreichen Orten der Verbrauch von Pferdefleisch eine starke Zunahme aufweist und in vielen Städten überhaupt erst in neuerer Zeit Roßschlächtereien eingerichtet worden sind. Endlich wird festgestellt, daß viele Schlachthöfe infolge des Rückgangs der Zahl der Schlachtungen einen nicht unerheblichen Ausfall in ihren Einnahmen zu beklagen haben und dadurch gezwungen sind, die hohen Schlachtgebühren beizubehalten, oder sogar zu erhöhen, was wiederum eine Vertheuerung bedeute.

Hierzu sei bemerkt, daß die sächsische Regierung, wie aus Dresden mitgetheilt wird, eine Wiedereröffnung der sächsisch-böhmischen Grenze für die Einfuhr von Schlachtschweinen beabsichtigt. —

Die Reformpartei der Provinz Brandenburg hielt am Sonntag in Berlin einen Parteitag ab. Es wurde beschlossen, daß die Abgeordneten der Partei ersucht werden sollen, im Reichstage einen Antrag zur Sicherung des geheimen Wahlrechts einzubringen, der die Forderung nach amtlichen Umschlägen und Dunkelkammern wieder aufnimmt, mindestens aber vorschreibt, daß alle Stimmzettel eine gleiche bestimmte Größe haben, daß die Wahlurnen sämmtlich verschließbar und bis Schluß der Wahlhandlung amtlich versiegelt sind und daß jeder Wahlbezirk derart begrenzt wird, daß er nicht weniger als 150 Wähler umfaßt. Ein weiterer Antrag bezweckt die Schaffung eines Parteikalenders, den der Parteivorstand herausgeben soll. Die Anträge betreffend die körperliche Züchtigung schwerer Verbrecher und die Einrichtung von Strafkolonien wurden abgelehnt, weil die Frage noch nicht spruchreif sei. Die Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen wurde von verschiedenen Rednern behandelt. Der Vorsitzende, Schriftsteller Böckler, theilt mit, daß die Partei vorläufig nur in Kurhessen selbständig in die Wahlbewegung eintreten werde. Es sind drei Kreise in Aussicht genommen. In Berlin sind schon mit befreundeten Parteien Abmachungen getroffen, an die man sich zu halten habe. Für die Provinz komme das nicht in betracht, es sei zweckmäßiger, hier sich nicht zu binden, sondern das Verhalten von der Haltung der in betracht kommenden Parteien abhängig zu machen. Hierzu wird folgender Antrag angenommen: „Der Parteitag wolle beschließen, den Abgeordneten zu empfehlen, bei den preußischen Landtagswahlen überall da, wo nicht eigene Parteikandidaten aufgestellt sind, oder für die Unterstützung entsprechende Kompensation gewährt werde und auch die Bürgschaft vorhanden sei, daß die Abmachungen von der anderen Seite auch gehalten werden, strengstens Wahlenthaltung zu üben." Außerdem wurde beschlossen, zum bevorstehenden Parteitag in Kassel den Antrag einzubringen, die Parteibezeichnung in „Deutsche Reformpartei" umzuändern, damit Verwechselungen mit den Sozialdemokraten unmöglich gemacht werden.

Letzterer Antrag ist besonders charakteristisch. Die Herren wollen das Wort „sozial" aus ihrer Parteibezeichnung entfernen. Das können sie ruhig thun, denn thatsächlich hat man bei ihnen noch keine Spur „sozialer" Thätigkeit zu bemerken Gelegenheit gehabt. —

Preisrichter. Die „Tägl. Rundschau" schreibt einen Preis für eine Erzählung aus dem Leben der deutschen Kolonien aus. Neben vier Redakteuren des Blattes sind als Preisrichter zugezogen Dr. Karl Peters und Dr. Schröder-Poppelow. Warum nicht auch die Herren Leist, Wehlan und der Flaschen-Schröder bei der Beurtheilung der Ergebnisse dieses Preisausschreibens mitwirken, wissen wir nicht. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Schweidnitz hatte sich am 23. September der Weber Hahn aus Leutmannsdorf wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Gelegentlich der Stichwahl am 24. Juni hatte Hahn in Ludwigsdorf, Kr. Schweidnitz, Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten verbreitet; hierbei gerieth er mit mehreren Wählern in Disput und es entschlüpften ihm die Worte: „Stehlen thun wir alle vom ..... bis zum Bettelmann". In der Verhandlung gab H. ohne weiteres diese Aeußerung zu, er habe dieselbe aber ohne beleidigende Absicht gebraucht, es sei dies eine oft gebräuchliche Redensart. Der Gerichtshof folgte diesen Ausführungen und sprach H. frei. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängniß beantragt. —

Oesterreich.

Wien, 26. September. Abgeordnetenhaus. Das Haus und die Gallerien sind sehr zahlreich besucht. Die Minister sowie die Abgeordneten sind in Trauer erschienen. Ministerpräsident Graf Thun fordert den Abgeordneten Zurkan auf, das Alterspräsidium zu übernehmen. Nachdem dies geschehen, leitet Zurkan die Konstituirung des Hauses ein und hebt hervor, die tiefe Trauer, von der das ganze Reich erfüllt sei, werde den würdigsten Ausdruck finden durch Beschluß des konstituirten Hauses. Aus diesem Grunde schreitet der Alterspräsident sofort zur Einleitung der Wahl des Präsidenten. Zum ersten Präsidenten wird Fuchs mit 205 Stimmen gewählt. 119 Stimmzettel sind unbeschrieben. —

Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Slovene Ferjancic, zum zweiten der Rumäne Lupul gewählt. Präsident Fuchs hielt eine Trauerrede anläßlich des Ablebens der Kaiserin. —

Wien, 24. September. Die Eröffnung des Reichsrathes. Der sozialdemokratische Verband hielt heute Vormittag eine Sitzung ab, wo die politische Lage nach allen Seiten besprochen wurde. Es wurde festgestellt, daß die Regierung des Grafen Thun eingestandenermaßen gerüstet ist zum Verfassungsbruch, daß sie ihn mit der ungarischen Regierung geradezu verabredet hat, und daß sie mit Sicherheit darauf rechnet, die Obstruktion werde ihr durch Lahmlegung des Parlaments den Vorwand dazu und den ihr erwünschten Anschein der Zwangslage verschaffen. Dadurch würden zugleich die Majoritätsparteien der Nothwendigkeit überhoben werden, die Verantwortung für den Oesterreich schwer benachtheiligenden Ausgleich und die mit ihm verknüpfte, die arbeitenden Klassen neuerdings hart bedrückende Erhöhung der Verzehrungssteuern zu übernehmen. Der sozialdemokratische Verband hält die Obstruktion unter diesen, völlig geänderten Umständen für einen argen politischen Fehler, der nur der Regierung des Grafen Thun helfen würde, ihre Pläne programmgemäß zu verwirklichen und so den beabsichtigten Verfassungsbruch und eine schwere Belastung des Volkes um so sicherer herbeizuführen.

Der Verband wird darum seinerseits die parlamentarische Verhandlung der Ausgleichsgesetze nicht hindern, sondern alles thun, um sie zur sachgemäßen Debatte und zur pflichtgemäßen Ablehnung zu bringen. Sollte die geschäftsordnungsmäßige Verhandlung des Ausgleiches verhindert werden, dann wird der Verband versuchen, mindestens eine deutliche Meinungsäußerung des Parlaments über diese Vorlagen und über die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens der Regierung zu provoziren.

Ueber die Verhängung des Ausnahmezustandes über Westgalizien wird die Regierung sich verfassungsmäßig vor dem Parlament zu verantworten haben. Die Thatsachen, die diese Maßregel zu einem Verfassungsbruch stempeln, liegen aber so offen zu tage, daß der Verband beschloß, einen Antrag auf Versetzung des Gesammtministeriums in Anklage sofort einzubringen und zu suchen, die dazu nöthigen Unterschriften zu bekommen.

Weiter wurde beschlossen, die in den vorigen Sessionen eingebrachten Anträge politischer und wirthschaftlicher Natur neuerdings einzubringen. Insbesondere wird der Dringlichkeitsantrag auf Beseitigung des § 14 aus der Verfassung als dringender denn je sofort wieder eingebracht werden. —

Wien, 24. September. Ein Artikel der halbamtlichen „Wiener Abendpost" über die bevorstehende Reichsrath-Session führt aus: Man erwartet vielfach von der bevorstehenden Session des Reichsrathes eine endgiltige Entscheidung über die Frage der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses. Unter den zahlreichen gesetzgeberischen Aufgaben von hervorragender Bedeutung, welche des Reichsraths harren, steht der Ausgleich mit Ungarn oben an. Angesichts der immer lebhafteren Klagen österreichischer Industrieller und Handeltreibender über die ernsten Konsequenzen des Zustandes der Ungewißheit in den Beziehungen beider Reichshälften bedarf die Bedeutung und der Werth des Ausgleiches keiner näheren Darlegung. Sodann kommt das Finanzgesetz für das laufende Jahr. Man darf erwarten, das Abgeordnetenhaus werde die wichtigste parlamentarische Prärogative, nämlich die Einnahmen- und Ausgaben-Bewilligung, durch beschleunigte Inangriffnahme der Budgetberathung nachdrücklichst fördern wollen. Die neuere Staaten-Geschichte kennt manchen durch Angriffe der Regierung auf das parlamentarische Budgetrecht heraufbeschworenen Verfassungskonflikt, ein völliges Novum jedoch wäre es, wenn die Regierung aus allen Kräften die verfassungsmäßige Erledigung des Staatsvoranschlages anstrebt, das Parlament hingegen sich dem entzöge.

Ferner findet der Reichsrath die Vorlage eines Gesetzes über die Zucker-Verschleißabgabe vor, welche selbstverständlich durch die definitive Regelung des Ausgleiches entfallen wird. Sie soll Deckung bieten für die Kosten der erhöhten Beamtengehälter und für die neuerdings in Aussicht genommene Aufbesserung der Bezüge der Staatsdiener, welche nach der Erhöhung der Beamtengehälter geradezu eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden ist, sowie der Bezüge der Finanzwachmannschaften. Angesichts der Lage zahlreicher Kategorien der Staatsdienerschaft handelt es sich geradezu um eine Nothstandsaktion. Einem nicht minder ernsten Bedürfniß soll das Gebührengesetz betreffend die Vermögensübertragung abhelfen, welche der dringend erhobenen Forderung nach Herabsetzung der Gebühren bei landwirthschaftlichen Gütern in weiterem Ausmaße entgegenkommt. Ferner das Lokalbahngesetz; schließlich der Handelsvertrag mit Japan. Hier sollte vor allem der Gesichtspunkt maßgebend sein, die äußeren Beziehungen des Reiches von den inneren Wirren loszulösen. Hierbei kommen auch höchst belangreiche Interessen der Exportindustrie und des Seehandels in betracht. Die berechtigten Forderungen nach dem Antheil an der kommerziellen Eroberung Ostasiens sollten nicht in dem Verhalten der Volksvertretung einen hemmenden Widerstand finden. Wenngleich somit der Maßstab für die Beurtheilung der Arbeitsfähigkeit der Legislative schon wegen der kurz bemessenen Frist kein allzu bescheidener ist, darf doch ausgesprochen werden, daß ein von gutem Willen zur Arbeit erfülltes Parlament im stande ist, auch derartig weitgehenden Anforderungen gerecht zu werden. —

Wien, 26. September. Gestern fand unter Vorsitz des Handelsministers Dr. v. Bärnreither die konstituirende Sitzung des dem statistischen Amte beigegebenen Arbeitsbeirathes in Anwesenheit der Vertreter der Ministerien des Innern, des Ackerbaues, der Finanzen, der Eisenbahnen und des Handels statt. In seiner Ansprache an die Versammelten entwarf der Handelsminister ein Bild von den Arbeiten des arbeitsstatistischen Amtes, hinsichtlich der Arbeitsvermittelung und wie die Frage der Organisation eines Arbeitsnachweises zu studiren sei; einen wichtigen Punkt bilde die baldige Entscheidung, ob und welche gesetzgeberische Maßnahmen angemessen wären. Namentlich zur Bekämpfung der bei der Stellenvermittlung festgestellten Mißbräuche dürften sie unentbehrlich sein. Auch über die Bearbeitung und Fortführung oder etwaige Ergänzung des Werkes über die gewerblichen Genossenschaften wird das neue Amt das Gutachten des Arbeitsrathes einholen. Eine weitere Aufgabe des arbeits-statistischen Amtes werden die fortlaufenden Publikationen des Organes sein, welches denselben Zweck verfolgen soll, wie die englische „Labour-Gazette". Die brennendste Frage der sozialen Gesetzgebung sei die Reform der Unfall- und Krankenversicherung. Der Minister erklärt, er habe bewußt die Gegensätze im Arbeitsamte vereinigt, da ein Resultat bei dem Versuche der Lösung der schwierigen Probleme nur dann erwartbar ist, wenn die entgegenstehenden Interessen eine loyale und sachlich ernste Vertretung finden. Durch das gegenseitige Sichaussprechen würden allmälig das Mißtrauen und die einseitigen Partei-Ansichten schwinden, die heute noch zwischen den wirthschaftlichen Klassen der Bevölkerung sich aufthürmen. (Lebhafter Beifall.) Der Handelsminister stellte sodann den Ministerialrath Mataja als zukünftigen Vorstand des Amtes vor.

In der Erwartung, daß durch das Arbeitsamt das Mißtrauen und die einseitigen Partei-Ansichten schwinden werden, wird man sich bald getäuscht haben. Das Arbeitsamt kann nützlich werden, auch wenn man auf Erfüllung so hochgespannter utopischer Wünsche von vornherein Verzicht leistet.

In Mataja erhält das Bureau einen sozialpolitisch vorzüglich und vielseitig vorgebildeten Leiter.

Ueber die Zusammensetzung des Arbeitsbeirathes haben wir schon vor einiger Zeit berichtet. —

Lemberg, 24. September. („Voss. Ztg.") Der Statthalter hob den Beschluß des Gemeinderathes auf Aufhebung des Ausnahmezustandes auf. Man spricht von Auflösung des Gemeinderathes. —

Ungarn.

Budapest, 26. September. Trotz des polizeilichen Verbots versuchten die Sozialisten in Ofen Arbeiterversammlungen abzuhalten, wobei es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. —

Budapest, 26. September. Der Minister des Innern Perczel beantwortete eine Interpellation des Grafen Apponyi betreffend Reform des Wahlgesetzes. Der Minister erklärte, die Regierung beschäftige sich mit der Frage und habe die Absicht, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Ueber den Inhalt desselben sowie über den Zeitpunkt seiner Vorlegung könne er sich zur Zeit nicht äußern. Der Ministerpräsident Baron Banffy beantwortete eine Interpellation Visontai's, betreffend das Friedensmanifest des Kaisers von Rußland, wie folgt: Der gemeinsame Minister des Auswärtigen habe diese so hochbedeutende und edle Initiative des Kaisers von Rußland mit Befriedigung und mit wärmster Sympathie entgegengenommen und dementsprechend die russische Regierung verständigt, daß die österreichisch-ungarische Regierung den auf Abhaltung einer Friedenskonferenz gerichteten Vorschlag freudig aufgenommen habe und nach Möglichkeit unterstütze; daß sie ferner dieser Konferenz gewiß keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen werde. Er, Banffy, glaube, es sei wohl überflüssig zu erklären, daß er diese Bestrebung seinerseits billige und die hierauf gerichteten Bestrebungen der gemeinsamen Regierung, beziehungsweise des Ministers des Auswärtigen, auf das energischste zu unterstützen bereit sei, sowie, daß er selbst wünsche, es möge diese zur Zeit noch im Anfangsstadium befindliche Aktion zum Erfolge führen. (Lebhafte Zustimmung.) Er halte es für nothwendig, zu bemerken — was übrigens allgemein bekannt sei — daß der russische Vorschlag bei sämmtlichen Regierungen sehr sympathischer Aufnahme begegnet sei; andererseits schätze er aber auch die Schwierigkeiten nicht gering, welche der praktischen Verwirklichung dieser großen Idee im Wege ständen. Visontai erklärte, er nehme die Antwort des Ministerpräsidenten mit Freuden zur Kenntniß, das Haus beschloß in gleichem Sinne. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. —

Schweiz.

Luzern, 25. September. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Parteien der äußersten Linken beschloß eine Doppel-Initiative für direkte Volkswahl des Bundesraths und Einführung des Proportional-Wahlverfahrens bei der Nationalraths-Wahl. —

Frankreich.

Paris, 26. September. Die Zeugen Millerand's und Paulmier's haben sich nicht verständigen können und werden zu einem Schiedsgericht ihre Zuflucht nehmen, um die Duellfrage zu regeln. Der Zustand Olivier's ist in weiterer Besserung begriffen. —

Paris, 25. September. (Eig. Ber.) Der Generalstabspresse ist keine Waffe schmutzig genug im Dienste ihrer schmählichen Sache. Mit Behagen bemächtigte sie sich auch des Mordversuches an dem Redaktionssekretär der sozialistischen „Lanterne", weil er zum Anlaß dritten Grades die Preßpolemiken über die Dreyfus-Affäre hatte. Der Hanswurst Rochefort erblickt in dem Mordversuch den Vorboten eines — Bürgerkrieges, falls nämlich die Dreyfus-Revision zur Thatsache wird; der „Gaulois" des vormals „unterhaltenen Mannes" Arthur Meyer verherrlicht die galante Meuchelmörderin, trotzdem sie wissentlich auf einen ganz Unschuldigen schoß, u. s. f. Thatsache ist, daß auch der Verfasser der Notiz, Henry Turot, keineswegs die Grenzen der hier üblichen polemischen Sitten überschritten hat. Er nahm aufs Korn den Mann der Frau Paulmier, den klerikalen Abgeordneten, der neulich in einem Briefe an den Ministerpräsidenten für die durch die Dreyfus-Revision gefährdete „Armee-Ehre" eintrat. Turot erinnerte ihn nun einfach an seine eigene arg beschädigte Gattenehre — eine Thatsache, wohlgemerkt, die vor einem Jahre in den Pariser Boulevard-Blättern noch in ganz anderer Weise als von Turot breitgetreten wurde. Damals wurde die Frau Paulmier direkt in den anzüglichsten Wendungen behandelt. Es liegt demnach auf der Hand, daß die ehrenwerthe Dame, die damals so geduldig die Ausfälle der Skandalpresse ertrug, mit ihrem sehr verspäteten Mordversuch ganz einfach auf die gehässige Stimmung der feinen Welt gegen die revisionsfreundliche „Lanterne" spekulirte.

Wie anständige Frauen über den Vorfall urtheilen, ersieht man aus dem Artikel des frauenrechtlerischen Blattes „Fronde". Die Leiterin desselben, Marguerite Durant, schreibt: „Ich halte dafür, daß alle, die sich in den Vordergrund drängen, Kritik wie Lob berechtigen, und daß eine Frau, die aus Nothwendigkeit, aus Temperament, oder aus Geschmack (die steinreiche Dame Paulmier verzierte das Haupt ihres Gatten natürlich nicht aus Nothwendigkeit. Anmerkung des Berichterstatters) außerhalb der gesellschaftlichen Konventionen lebt, nicht ihr Geschlecht anrufen kann, um den Meinungen Schweigen aufzuerlegen . . ." Das ist deutlich.

Der Abg. Paulmier ist, wie seine Frau, ein volles Jahr zu spät feinfühlig geworden. Er fordert aber zum Duell den Chefredakteur der „Lanterne", Abg. Millerand, und nicht seinen direkten Beleidiger, denn dieser ist ein geschickter Degenfechter. —

Dänemark.

Kopenhagen, 25. September. (Eig. Ber.) Am letzten Mittwoch fanden die endgiltigen Wahlen zum dänischen Landsthing statt. Diese Wahlen haben eine große Aehnlichkeit mit den Wahlen zum preußischen Landtage. Die höchstbesteuerten Wähler haben doppeltes Stimmrecht als die übrigen Wähler. Die von beiden Wählergruppen ernannten, sogenannten „Wahlmänner" heißen Landsthingsmänner. Die Wahlperiode dauert acht Jahre.

Bei den Wahlen der Wahlmänner zeigte sich ein enormer Fortschritt für unsere Partei. In Kopenhagen wurden 228 Wahlmänner gewählt, d. h. eine zulängliche Anzahl, um die Wahl von zwei sozialdemokratischen Landsthingsmännern zu sichern. Dieser Sieg ist um so bedeutungsvoller, als die Reaktion diesmal besonders gute Aussichten hatte, nämlich durch die bedauerliche Affaire

P. Holm und sein Verhältniß zu den Geschäften der Stadt. Diese Affaire wurde von den Konservativen auf skandalöse Weise gegen unsere Partei ausgenützt; ihre Presse überhäufte alle Führer unserer Partei mit den schmutzigsten Insinuationen, und die Wähler wurden täglich mit Briefen und Drucksachen überschwemmt, in denen die leitenden Männer der Sozialdemokratie als Diebe und Betrüger hingestellt wurden. Trotzdem gingen wir doch als Sieger in allen unseren alten Wahlkreisen hervor und hätten beinahe noch einige andere Kreise von den Konservativen erobert.

Die größten Fortschritte haben wir außerhalb Kopenhagens, sowohl in den Städten als auf dem Lande aufzuweisen. Vor acht Jahren wurde hier nur 1 sozialdemokratischer Wahlmann gewählt. Diesmal konnten wir 70 sozialdemokratische Wahlmänner durchbringen; so eroberten wir vollständig Helsingör auf Seeland, Aarhus und Aalborg in Jütland. Dies beweist, daß die Sozialdemokratie bei uns überall riesige Fortschritte macht, und daß das Blut der Partei trotz kapitalistischer Ansteckung eines einzelnen Mannes durch und durch gesund ist. Die Erfolge verdankt die Partei, weil sie auf breitester demokratischer Organisation ruht.

Bei den entscheidenden Wahlen der Abgeordneten am letzten Mittwoch wurden die Genossen C. C. Andersen und Anton Mundberg zu Landsthingsmännern gewählt. In den Landdistrikten gelang es nicht, unsere Genossen durchzubringen, weil unsere Wahlmänner sich auf zu viele Kreise vertheilten. Auf Seeland fehlten unserem Genossen Höfner Chr. Jensen nur 11 Stimmen, um einen Lehnsgraf zu besiegen! In Jütland eroberten die Radikalen nur durch unsere Unterstützung zwei Mandate von den Konservativen.

Nur die Hälfte des Landsthings wurde diesmal erneuert. Die andere Hälfte muß sich erst nach 4 Jahren einer Neuwahl unterziehen.

Am nächsten Mittwoch (28.) wird unsere Partei wieder einen Kampf mit der Reaktion auszukämpfen haben, nämlich im fünften Wahlkreise von Kopenhagen. Dieser Kreis ist seit 1884 von P. Holm im Folksthing vertreten gewesen. Der Kreis ist immer ein Kampfkreis gewesen; die Konservativen strengen sich natürlich diesmal besonders an, um ihn zu erobern. Ihr Kandidat ist der Oberstlieutenant Rambusch, ein eifriger Militarist und Reaktionär. Unser Kandidat ist Genosse F. Borgbjerg, ein verhältnißmäßig junger Mann in der Partei und der einzige Akademiker unter unseren sozialdemokratischen Politikern. Er ist Bürgerrepräsentant, ein energischer, kenntnißreicher Mann und tüchtiger Redner. —

Schweden.

Die Wahlen zur ersten Kammer haben ihren Anfang genommen. Infolge des vorzüglichen Wahlrechtes werden natürlich nur Landbarone und Großindustrielle hineingewählt. Bis jetzt haben die Wahlen erst in einigen Bezirken stattgefunden. Im Kreis Skaraborg wurde mit 57 gegen einige zersplitterte Stimmen der Großagrarier und Militarist Baron Klingspor gewählt. In Södermanland ist ein hochkonservativer Probst mit 28 Stimmen gewählt, ein „moderater" Gutsbesitzer erhielt nur 18. In Gefleborg ist ein Hofmarschall und Oberst mit 27 Stimmen gewählt. Die „Moderaten", die auch einen Major aufgestellt hatten, brachten es auf 24 Stimmen. Värmland, das im Unterhause „radikal" vertreten ist, wählte einen stockkonservativen Bürgermeister mit 57 gegen 7 Stimmen. Auch Norrboten hat ganz konservativ gewählt. Das nennt man eine „Volksvertretung". —

Spanien.

Madrid, 26. September. Die Mitglieder der Friedenskommission werden heute Abend nach Paris abreisen. —

Türkei.

Die Kretafrage. Am Sonntag traten in Konstantinopel die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands zu ihrer ersten Berathung in der Angelegenheit der Lösung der Kretafrage zusammen. Es soll dem Sultan ein Ultimatum zugestellt werden, worin die sofortige Abberufung der türkischen Truppen von Kreta gefordert wird. Die Mächte verbürgen sich gleichzeitig für den Schutz der Muhamedaner und die Aufrechterhaltung der türkischen Hoheitsrechte.

Afrika.

Im Sudan. Wie „Daily Telegraph" aus Kairo vom 26. d. M. meldet, traf General Kitchener die Expedition Marchand in Faschoda an und theilte Marchand mit, er hätte ausdrückliche Instruktionen, das betreffende Gebiet für englisches zu erklären; die Franzosen müßten es verlassen. Marchand lehnte ab, sich zurückzuziehen, ohne daß es die französische Regierung angeordnet hätte. Kitchener hißte die englische und die egyptische Flagge und ließ zwei sudanesische Bataillone und eine Abtheilung Cameron-Hochländer als Garnison unter Oberst Jackson zurück. Die weitere Regelung der Angelegenheit ist diplomatischen Verhandlungen vorbehalten.

Kitchener Pascha ist bereits nach Omdurman zurückgekehrt.

Inzwischen werden auch die noch übrig gebliebenen Streitkräfte der Derwische auf der rechten Nilseite aufgerieben. Eine von Kassala aus entsandte Streitmacht unter dem Befehl des Obersten Parsons hat am 22. d. M. nach lebhaftem, drei Stunden währenden Kampfe Gedaref besetzt. Der Feind, in der Stärke von etwa 3000 Mann floh in voller Auflösung nach einem Verlust von 500 Todten. Die Verluste der Egypter betrugen 87 Todte und 59 Verwundete. Von den englischen Offizieren ist keiner getödtet oder verwundet. —

Ein großer französischer Erfolg. Zufolge einer Depesche aus St. Louis (Senegambien) an das französische Kolonialministerium hat Lieutenant Wölfel am 9. d. M. bei N'Zo, 60 Kilometer vom Cavallyflusse entfernt, mehrere Banden Sotas vernichtet und nach sechsstündigem Kampfe den Sohn Samory's, welcher die französischen Truppen zu überraschen versuchte, zurückgeschlagen. Unter den Todten befindet sich Bilott, der Stellvertreter Samory's. Wölfel machte 5000 Gefangene und erbeutete eine große Menge Flinten und Munition. Infolge des Sieges haben sich 20 000 Eingeborene unterworfen und 8000 Flinten ausgeliefert. Wölfel traf darauf wieder mit den Truppen des Hauptmanns Gaden zusammen, von denen er begeistert empfangen wurde. Auf französischer Seite war ein Tirailleur verwundet worden.

Asien.

Ueber die Situation in Peking werden allerlei, zum Theil höchst abenteuerlich klingende Gerüchte verbreitet. Die „Times" melden aus Shanghai, daß der aus Peking entflohene Berather des Kaisers Kang-Yu-Wei nach Hongkong weiterreise, um im englischen Schutz zu bleiben. Kang-Yu-Wei habe erklärt, die Partei der Kaiserin-Regentin sei durch geheime Abmachungen mit Rußland gebunden. Der Einfluß Li-Hung-Tschang's trete jetzt gegenüber demjenigen Yungtu's zurück. Der Kaiser sei für den Fortschritt eingenommen, doch überzeugt, daß es unmöglich sei, die Opposition ohne Englands Beistand zu unterdrücken. Es wird hinzugefügt, wenn die Opfer des Staatsstreiches nicht geschützt würden, werde es in Zukunft für jeden Eingeborenen unmöglich sein, die englischen Interessen zu unterstützen.

„Morning Post" meldet aus Shanghai, 10 000 russische Soldaten ständen in Port Arthur bereit. Sie sollen auf Peking losmarschiren, um festzustellen, ob der Kaiser noch am Leben ist oder nicht.

Sollte es sich bewahrheiten, daß russische Truppen auf Peking marschiren, so würde das natürlich weit mehr bedeuten als eine bloße Nachforschung, ob der Kaiser lebt oder nicht. Die Russen warten längst nur auf eine Gelegenheit, ihre mächtige Faust auf Peking zu legen. Aber ob sie jetzt schon den Augenblick für gekommen ansehen, sich Nord-China's mitsammt der Hauptstadt zu bemächtigen, erscheint doch noch sehr zweifelhaft.

Die Frage ist bei der jetzigen Situation wiederum, was England zu thun gedenkt. Ueber die am vorigen Sonnabend gemeldete angebliche Truppenlandung bei Taku verlautete sicher nichts weiteres. —

Schutz für die Lungen der Industrie-Arbeiter.

Das Reichs-Versicherungsamt hat eine Statistik über die Ursachen der Erwerbsunfähigkeit aufgestellt, deren hervorstechendstes Resultat sich nach dem ersten Durchblick der Tabellen und des beigefügten erklärenden Textes dahin zusammenfassen läßt:

Die Lungenkrankheiten, die den Industrie-Arbeiter in seinem Berufe bedrohen, bilden die größte Gefahr für die Erwerbsfähigkeit der lebenden und heranwachsenden Arbeitergeneration. Im Gegensatz zu der Landwirthschaft, zum Handel und zu allen anderen Berufsarten siecht ein starker Prozentsatz gerade der Industrie-Arbeiter schon in jungen Jahren an körperlichen Leiden dahin und ist zur frühen Erwerbsunfähigkeit verdammt.

Die Statistik des Reichs-Versicherungsamtes liefert zum ersten Mal den wissenschaftlichen Beweis für diese, längst schon in der Erfahrung der Arbeiter geltende Thatsache. Von den **151 083** Rentenempfängern, die bei der Statistik des Reichs-Versicherungsamts berücksicht werden, sind nicht weniger als **44 819** durch Lungenkrankheiten erwerbsunfähig geworden, oder von **1000** Rentenempfängern führen **264** ihre Erwerbsunfähigkeit auf Lungenkrankheiten zurück. Das ist die durchschnittliche Zahl für die Arbeiter sämmtlicher Berufsarten.

Die große Zahl der Invaliden, die in allen Lebensaltern den Lungenkrankheiten zum Opfer fallen, macht sich zunächst besonders bei den Männern bemerkbar. In den jüngeren und mittleren Jahren sind bei den Männern die Lungenkrankheiten, zusammen mit den Krankheiten der Bewegungsorgane in mehr als der Hälfte aller Fälle die Ursache der Invalidität. Später tritt die Lungentuberkulose zwar mehr zurück, dafür rücken aber die übrigen Lungenkrankheiten an die erste Stelle. Wegen der großen Wichtigkeit, die den Lungenkrankheiten als Ursachen der Erwerbsunfähigkeit überhaupt zukommt, lassen wir hier eine Zusammenstellung folgen, aus der sich ergiebt, wieviel von je 1000 Rentenempfängern in jeder Berufsabtheilung durch Lungenkrankheiten erwerbsunfähig geworden sind.

Alter in Jahren	Tuberkulose der Lungen						Andere Krankheiten der Lungen					
	männlich			weiblich			männlich			weiblich		
	Landwirthschaft	Industrie	Handel u. Verkehr	Landwirthschaft	Industrie	Hausgesinde	Landwirthschaft	Industrie	Handel u. Verkehr	Landwirthschaft	Industrie	Hausgesinde
20—24	354	548	424	218	546	268	52	62	88	37	39	54
25—29	286	521	414	168	483	219	69	77	40	32	56	64
30—34	250	459	344	149	381	198	92	96	89	67	65	63
35—39	204	407	289	145	247	141	113	121	112	75	101	62
40—44	169	322	278	90	232	96	128	162	91	80	97	54
45—49	129	232	182	76	142	64	149	209	141	113	116	76
50—54	87	149	107	43	95	37	185	246	173	119	132	92
55—59	56	86	66	30	65	25	218	277	195	155	129	124
60—64	30	48	37	18	33	17	221	272	194	173	168	111
65—69	17	27	25	10	18	11	215	233	186	165	146	117

Diese Ziffern geben von den Verheerungen, die die Lungenkrankheit unter der versicherten Bevölkerung anrichtet, ein anschauliches Bild, sie zeigen ganz besonders den hohen Promillesatz, mit dem die Industrie an diesen Ziffern betheiligt ist. Von allen männlichen Arbeitern der Industrie, die bis zum Alter von 30 Jahren Invaliden werden, leiden mehr als die Hälfte an Lungentuberkulose und bis zum Alter von 40 Jahren an Lungenkrankheiten überhaupt. Bei den Erwerbsunfähigen aus der Abtheilung Handel und Verkehr ist die Tuberkulose in allen Altersklassen seltener, als bei denen aus der Industrie, und endlich bei denen aus der Landwirthschaft wieder seltener, als bei denen aus Handel und Verkehr. Immerhin sind bei der landwirthschaftlichen Bevölkerung noch bis hoch in die dreißiger Jahre Lungenleiden in mehr als einem Drittel aller Fälle die Ursachen der Erwerbsunfähigkeit. Bei den weiblichen Rentenberechtigten sind Lungenkrankheiten in allen Altern relativ seltener.

Die besondere Häufigkeit der Lungenkrankheiten unter der industriellen Arbeiterschaft führt dazu, daß bei der Industrie die jüngeren Altersklassen ein stärkeres Kontingent der Rentenempfänger stellen, als in der Landwirthschaft. In der Industrie sind mehr als der dritte Theil aller Rentenempfänger jünger als 50 Jahre. Bei den Versicherungsanstalten mit vorwiegend aus der Landwirthschaft stammenden Invaliden ist daher das Alter der Rentenberechtigten höher, als bei den Versicherungsanstalten mit vorherrschender Industriebevölkerung. Stellt man z. B. diejenigen Versicherungsanstalten, die verhältnißmäßig die meisten Rentenempfänger aus der Landwirthschaft haben, denen gegenüber, die relativ am meisten Rentenempfänger aus der Industrie haben, so kommen von 1000 männlichen Rentenempfängern aus der

Versicherungsanstalt	auf das Alter von	
	20-49 Jahren	50-69 Jahren
Ostpreußen	191	809
Westpreußen	224	776
Pommern	210	790
Posen	200	800
Schleswig-Holstein	220	780
Niederbayern	218	782
Mecklenburg	169	831
Berlin	387	613
Westfalen	322	678
Hessen-Nassau	338	662
Rheinprovinz	321	679
Königreich Sachsen	330	670
Baden	365	635
Elsaß-Lothringen	275	725

Die Tabelle ergiebt deutlich, daß die Lungentuberkulose in industriellen Gegenden die Arbeiter schon in jüngeren Jahren und in zahlreicheren Fällen der Erwerbsunfähigkeit überantwortet als in sämmtlichen anderen Berufen. Die Tabellen des Reichs-Versicherungsamtes lassen selbst den Schluß zu, daß sogar noch ein Unterschied besteht zwischen der industriellen Arbeiterschaft in mehr landwirthschaftlichen Gegenden und in rein industriellen Gegenden. Es hat den Anschein, als ob die aus der Industrie hervorgegangenen Invaliden bei den überwiegend landwirthschaftlichen Versicherungsanstalten älter seien, als bei den industriellen.

Mit der Erkenntniß der überaus großen Gefahr der Lungenkrankheit für die Erwerbsfähigkeit der industriellen Arbeiterschaft tritt nunmehr an den Staat erneut die Pflicht heran, im Interesse der Gesundheit der Arbeiter ebensowohl wie im finanziellen Interesse unserer Reichs-Versicherungsgesetzgebung alle Mittel aufzubieten, um die Lungenkrankheiten umfassend und erfolgreich durch Maßnahmen der Gesetzgebung sowohl wie der Verwaltung zu bekämpfen.

Partei-Nachrichten.

Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung" in Dortmund hat den gegen Lütgenau's Auslassungen über die Prügelstrafe gerichteten Beschluß des Parteivorstandes in ihrer Nummer vom 24. September veröffentlicht.

Sächsisches. Mit der verflossenen Reichstagswahl-Agitation hatte sich das Dresdener Schöffengericht zu befassen. Ein Dresdener Arbeiter hatte nämlich seinerzeit den konservativen Wahlschleppern ins Handwerk gepfuscht. Er nahm einem Dienstmann, der von dem konservativen Wahlkomitee beauftragt war, säumige Wähler dieser Partei heranzuholen, zwei in Kouverts befindliche Stimmzettel ab, mit dem Bemerken, letztere an ihren Bestimmungsort tragen zu wollen. Statt der konservativen trug er aber zwei sozialdemokratische Stimmzettel hin, während er die anderen wegwarf. Hierin fand das Gericht das Delikt der Unterschlagung und verurtheilte deshalb den Arbeiter zu 4 Wochen Gefängniß.

Zwei Ausweisungen sind von einer sächsischen Behörde, der Amtshauptmannschaft Pirna, verfügt worden. Die eine betrifft den russischen Schriftsteller Dr. Helfert, der an der „Sächsischen Arbeiterzeitung" als Redakteur thätig war, und die andere den polnischen Schriftsteller Dr. Matchewsky. Beide mußten am Sonntag Sachsen verlassen. Ein Aufschub wurde nicht bewilligt.

Aus Ungarn. Der Minister des Innern hat einen Erlaß an die Obergespane gerichtet, worin er diese auf die neue Organisation der Sozialdemokratie aufmerksam macht. In dem Erlaß wird ausgeführt:

Die Parteileitung hat beschlossen, eine energische Aktion im Interesse der Verbreitung der Sozialdemokratie zu ergreifen. Es sollen zunächst Vereinigungen gegründet werden oder wo dies nicht möglich ist, sollen sich wenigstens Tischgesellschaften gründen. Der Unauffälligkeit halber sollen diese Tischgesellschaften die Namen „Franz Deak-Gesellschaft", „Petöfi-Tischgesellschaft" oder den Namen irgend eines anderen Patrioten tragen.

Diese Tischgesellschaften sind berufen, durch Vorträge der Agitatoren die sozialdemokratische Idee zu verbreiten und dahin zu trachten, dieselben auch unter den breiteren Schichten, namentlich aber unter den Feldarbeitern zu verbreiten.

Es werden durch dieselben Druckschriften und Zeitungen in deutscher, ungarischer, slovakischer, rumänischer und serbischer Sprache verbreitet und zu einem beliebigen Preis verkauft werden. Der einkommende Ueberschuß wird zu Organisationszwecken, eventuell auch zur Kräftigung der Streikfonds benützt werden.

Vorderhand ist allerdings von keinem Streik die Rede, diese Gesellschaften haben einstweilen nur die Aufgabe, die Sozialdemokratie moralisch und finanziell zu kräftigen, damit im gegebenen Falle den Forderungen der Sozieldemokratie ein größerer Nachdruck verliehen werden könne.

Bisher ist das Land gleichsam in 12 sozialdemokratische Bezirke eingetheilt.

Die Obergespäne werden aufgefordert, ihr Hauptaugenmerk auf diese Agitation zu legen und bei etwaiger Wahrnehmung den detaillirtesten Bericht nach Budapest einzusenden. —

Das sozialdemokratische Partei-Organ „Volksstimme" in Budapest spottet über diesen Erlaß wie folgt: „Der Herr Minister bekommt für „fein" gutes Geld gute Nachrichten. Aber nur schade! wenn der Herr Minister die sozialdemokratischen Zeitungen lesen würde, wenn er dann und wann Versammlungen besuchen würde, so könnte er all das, was seine Spione ihm hinterbringen, von der kompetentesten Quelle erfahren." —

Todtenliste der Partei. Aus Breslau kommt die Kunde, daß dort Genosse Bruno Geiser am 25. September nach langem Leiden gestorben ist. Am 10. April 1846 geboren, ist Geiser seit dem Jahre 1869 in der Partei literarisch und agitatorisch thätig gewesen. Im Jahre 1873 redigirte er den „Zeitgeist" in München, wurde 1875 Mitredakteur des „Volksstaats" in Leipzig und übernahm ein Jahr später die Redaktion der illustrirten Wochenschrift „Die neue Welt". Von seinen Schriften nennen wir: „Die Forderungen des Sozialismus an Gegenwart und Zukunft", „Das Deutsche Reich und seine Gesetzgebung", „Wie kann die Sozialdemokratie zum Siege gelangen?", „Die christliche Kirche und der Sozialismus" (unter dem Pseudonym Kurt Falk erschienen). In den Jahren 1881—1883 und in der folgenden ersten Session der VI. Legislaturperiode des Reichstags vertrat Geiser den 16. sächsischen Wahlkreis Chemnitz, der bei der Faschingswahl 1887 an den Nationalliberalen Clauß verloren ging. Von Leipzig, wo Geiser nach Erlaß des Ausnahmegesetzes ausgewiesen wurde, verlegte er seinen Wohnsitz nach Stuttgart und dann in seine Geburtsstadt Breslau, wo er sich in dem letzten Jahrzehnt seines Lebens im Dienste der Partei schriftstellerisch und agitatorisch bethätigte. Auf wissenschaftlich-politischem Gebiete bethätigte er sich als Herausgeber der „Volksbibliothek für menschliches Wissen", sowie als Redakteur und Mitarbeiter des in Breslau erscheinenden und verschiedener anderer Partei-Organe und auch unseres Blattes.

In den letzten Jahren von schwerem körperlichem und seelischem Leiden befallen, mußte er dem Parteileben fernbleiben. Der Verstorbene hinterläßt seiner trauernden Wittwe — der Tochter unseres Genossen Liebknecht — fünf Söhne im Alter von elf bis neunzehn Jahren. Die Beerdigung findet heute in Breslau statt. Die Partei wird dem von ihr geschiedenen Mitkämpfer ein dankbares Andenken bewahren.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Auf dem Parteitag der deutschen Volkspartei

besprach Professor Quidde ausführlich die drohende Verschärfung der Strafbestimmungen für die Streikenden und präzisirte den Widerstand der Partei gegen solche und ähnliche Projekte. Nicht das Zuchthaus, sondern nur die Freiheit könne die Arbeiterbewegung und die gesammte Entwicklung in geordnete und friedliche Bahnen bringen.

In der Debatte betonte Melos-Leipzig, daß die norddeutschen Demokraten schon lange diese Forderungen aufgestellt hätten, auch die Wahl der Richter durch das Volk, welche nicht utopisch sei. Dr. Elsas-Stuttgart hob hervor, daß bei einer Strafandrohung von Zuchthaus auch leicht Untersuchungshaft verhängt werden würde und daher die Gefahr drohe, daß alle Führer der Streikenden eingesperrt werden.

Die Versammlung stimmte einmüthig folgender Resolution zu:

Die angekündigte Verschärfung des § 153 der Gewerbe-Ordnung, zumal der Gedanke, Anreizung zum Streik mit entehrender Zuchthausstrafe zu bedrohen, kann keine andere Wirkung haben, als die friedliche Arbeiterbewegung in revolutionäre Bahnen zu bringen. Das allgemeine Strafgesetz reicht vollkommen aus, strafbare Ausschreitungen zu verfolgen und der § 153 der Gewerbe-Ordnung enthält schon heute ein Ausnahmestrafrecht, das um so gehässiger erscheint, als seine Anwendung sich fast ausnahmslos gegen die Arbeiter, nicht gegen die Unternehmer wendet. Die deutsche Volkspartei lehnt nicht nur jede Verschärfung dieses Paragraphen ab, sei es gegen Arbeiter, sei es gegen Unternehmer, sondern fordert vielmehr seine Aufhebung. Sie fordert zugleich den Ausbau der Koalitionsfreiheit auf alle Arbeiter, Sicherung der Berufsorganisation gegen alle Schlingen der deutschen Vereinsgesetze, wie gegen Verwaltungswillkür."

Gegen die geplante Verschlechterung des Koalitionsrechts

sind in Hamburg 25 Protestversammlungen einberufen. Am Sonntag Vormittag wurden von unseren Parteigenossen mit bekannter Präzision 200 000 Exemplare eines Flugblattes gegen die Zuchthausvorlage verbreitet.

In Leipzig wurde zu gleichem Zwecke ein Flugblatt in 65 000 Exemplaren vertheilt.

Preußische Landtagswahlen.

Die Genossen des Wahlkreises Striegau-Schweidnitz

beschlossen, sich nicht an der Landtagswahl zu betheiligen, weil bei der politischen Konstellation des Kreises — die Freisinnigen betheiligen sich nicht — jede Aussicht auf Erfolg ausgeschlossen ist. Grundsätzlich sind jedoch auch die Genossen des Kreises Schweidnitz-Striegau für Betheiligung an den Landtagswahlen.

Freisinnige für konservative Kandidaten.

Aus Forst i. L. wird uns unter dem 25. d. Mts. geschrieben: Wie wenig ernst es den Freisinnigen ist, die konservative Partei bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu schwächen, das zeigt sich,

nirgends deutlicher als im Wahlkreis Guben-Sorau-Forst. Das hiesige „Tageblatt" veröffentlicht in der heutigen Nummer einen Aufruf an die Urwähler, in welchem dieselben aufgefordert werden, nur solche Wahlmänner zu wählen, welche an „unseren bisherigen bewährten Vertretern Herrn Fabrikbesitzer und Stadrath Brauer zu Forst (freikonservativ) und Herrn Rittergutsbesitzer Reimnitz zu Reichersdorf bei Guben (natl.) festhalten." Unterzeichnet ist dieser Aufruf nicht etwa nur von Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung, sondern auch von solchen der freisinnigen Volkspartei. Wir finden hier den Schwiegersohn des Abg. Albert Träger, Herrn Dr. Lewin, Rechtsanwalt und Notar in Guben, einen eifrigen Verfechter des Freisinns, ebenso Herrn Justizrath Neumann-Sorau und den früheren freisinnigen Reichstags-Abgeordneten Kuno Jeschke in brüderlicher Eintracht mit den Freikonservativen und Nationalliberalen. Wie entrüsteten sich namentlich die beiden letzteren während der letzten Reichstagswahl, daß man ihnen zumuthe, einen Konservativen vom Schlage des Herrn Baumeisters Felisch zu wählen und jetzt — unterstützen sie die Wahl eines konservativen Fabrikbesitzers, der um kein Jota besser als Herr Baumeister Felisch ist. Die „Freisinnige Zeitung", welche in den letzten Tagen der Sozialdemokratie die Verantwortung aufbürden wollte, daß durch deren Nichtbetheiligung an den Landtagswahlen in einzelnen Wahlkreisen den Konservativen diese Kreise nicht entrissen werden könnten, mag sich zunächst an ihre eigenen Parteigenossen wenden und dieselben anspornen, daß sie mit dem nöthigen Ernst in die Wahlbewegung eintreten und nicht einen Wahlkreis, wo der Liberalismus und gerade der linksstehende einen so guten Boden hat wie im hiesigen Kreise, ohne jeden Kampf den Freikonservativen und Nationalliberalen überlassen. Mit derartigen liberalen Mannesseelen wird Herr Eugen Richter freilich nicht viele Mandate den Konservativen streitig machen — und da ist es bequemer, sich den Schuldigen bei Sozialdemokraten zu suchen.

Soziales.

Arbeitslöhne im Bergbau Preußens.

Nach Angaben, die der „Reichs-Anzeiger" auf grund amtlicher Erhebungen macht, waren im Jahre 1897 in den hauptsächlichsten Bergbaubezirken Preußens 365 654 Arbeiter (gegen das Vorjahr + 21 237) beschäftigt, darunter 10 491 (+ 768 gegen 1896) jugendliche männliche Arbeiter und 5189 (— 256) Arbeiterinnen. Von den weiblichen Arbeitskräften waren die meisten, nämlich 3669, beim Steinkohlen-Bergbau in Oberschlesien thätig, während beim gesammten staatlichen Bergbau, sowie beim Steinkohlen-Bergbau im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund, beim Kupferschiefer- und Steinsalz-Bergbau weibliche Arbeitskräfte überhaupt nicht verwendet wurden. Beim Mansfelder Kupferschiefer-Bergbau wurden 658 jugendliche männliche Arbeiter unter 16 Jahren unter Tage beschäftigt, sonst fanden dieselben meist über Tage Verwendung.

Der durchschnittliche Jahres-Nettoverdienst sämmtlicher Bergarbeiter (einschließlich der weiblichen und jugendlichen) betrug im Jahre 1897 pro Kopf 964,20 M., im Jahre 1896 900,35 M., im Jahre 1895 838 M.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und deren durchschnittliches Jahreseinkommen vertheilt sich auf die einzelnen Bergbau-Bezirke folgendermaßen:

	Arbeiter		Netto-Lohn		
	1897	gegen 1896	1897	gegen 1896	gegen 1895 mehr
			M.	M.	M.
Steinkohlenbergb. in Ober-Schlesien	56376	+ 1793	721	24	46
Steinkohlenbergb. in Nieder-Schlesien	18846	+ 442	787	30	50
Braunkohlenbergb. } im Ober-	25887	+ 1091	805	32	56
Kupferschieferbergb. } Bergamts-Bezirk	13355	+ 230	891	49	106
Steinsalzbergbau } Halle	3985	+ 411	1087	32	99
Staatl. Erzbergb. im Oberharz . .	3365	— 17	627	7	24
Steinkohlenbergb. i. Ober-Bergamts-Bezirk Dortmund	171040	+13903	1128	93	160
Staatl. Steinkohlenbergb. in Saarbrücken	34248	+ 1852	982	16	53
Steinkohlenbergbau bei Aachen . .	9176	+ 457	956	57	88
Siegen-nassauischer Erzbergbau . .	20681	+ 1415	798	61	178
Sonstiger rechtsrheinisch. Erzbergbau	5308	— 63	723	40	80
Linksrheinischer Erzbergbau. . . .	3387	— 277	642	10	26

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich ist, haben von allen Bergarbeitern diejenigen im Erzbergbau den geringsten Lohn, sie gehören aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit zu den mit am ungünstigsten gestellten Bergleuten, denn die Schichtdauer in den Erzbergwerken beträgt unter Tage 8,2 bis 11,1 Stunden. Eine noch längere Arbeitszeit, nämlich durchschnittlich 11,6 Stunden pro Schicht haben die Arbeiter in den Braunkohlenwerken, die aber immerhin noch günstiger gestellt sind, als ihre Kameraden in den oberschlesischen Steinkohlenwerken, wo meistens eine 12stündige Arbeitsschicht geleistet wird, während in den übrigen Steinkohlen-Bergbau-Bezirken die Schichtdauer meistens 10 Stunden nicht übersteigt. Für den Dortmunder Bezirk ist im allgemeinen eine achtstündige, für besonders beschwerliche Arbeiten eine sechsstündige Schicht, das heißt, ohne Ein- und Ausfahrt, angegeben. Oberschlesien hat also die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne von allen Steinkohlen-Bergwerken Preußens.

Die Jahres-Arbeitsleistung ist in Oberschlesien um 1,88 pCt., in Saarbrücken 1,57 pCt. gestiegen, dagegen blieb sie in Niederschlesien um 0,58 pCt. und in Dortmund um 0,83 pCt. hinter der Leistung im Jahre 1896 zurück.

Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters hat sich, wie aus der Tabelle hervorgeht, durchweg etwas gehoben und zwar beim Steinkohlen-Bergbau in Saarbrücken um 1,66 pCt., in Ober-Schlesien um 3,44 pCt., in Nieder-Schlesien um 3,96 pCt., im Aachener Bezirk um 6,34 pCt., in Dortmund um 8,99 pCt, beim Braunkohlen-Bergbau im Bezirk Halle um 4,14 pCt., beim Salzbergbau in demselben Bezirk um 3,03 pCt., beim Erzbergbau, und zwar beim Harzer um 1,13 pCt., beim linksrheinischen um 1,58 pCt., beim Mansfelder um 5,82 pCt., in Siegen-Nassau um 8,42 pCt. und beim übrigen rechtsrheinischen um 5,86 pCt.

Die Steigerung des Jahresverdienstes der Bergarbeiter ist demnach nicht gerade sehr erheblich. Sie steht jedenfalls in keinem gesunden Verhältniß zu der Höhe, die die Profite der Kohlenbergwerks-Besitzer in den Jahren des flotten Geschäftsganges erreicht haben. Trotz der Steigerung sind die Löhne der Bergarbeiter immer noch sehr niedrig. So betrug beispielsweise der im Jahre 1897 durchschnittlich gezahlte Schichtlohn für die unter Tage beschäftigten Arbeiter im Siegen-Nassauischen Erzbergbau 3,04 M., beim Mansfelder Kupferschiefer-Bergbau 3,09 M., beim Braunkohlen-Bergbau in Halle 3,05 M. Der Schichtlohn der weiblichen Arbeiter schwankte zwischen 0,92 M. in Oberschlesien und 1,44 M. im Bezirk Halle.

Es wird wohl niemand behaupten können, daß solche Löhne eine angemessene Entschädigung seien für die schwere Arbeit des Bergmannes, der, wie die Grubenkatastrophen der letzten Zeit wieder bewiesen haben, täglich und stündlich in der Gefahr schwebt, im Interesse des Unternehmerprofits sein Leben zu verlieren.

Versammlungen.

Verbandstag der Verwaltungsbeamten der Orts-Krankenkassen Deutschlands. Die Verhandlungen des Verbandstages fanden am Sonntag und Montag in den Arminhallen hierselbst statt. Sie wurden vom Verbands-Vorsitzenden Prinz-Kottbus geleitet. Wie aus dem Vorstandsbericht hervorgeht, hat der jetzt 4½ Jahre bestehende Verband in 17 über Deutschland vertheilte Bezirksgruppen zur Zeit gegen 1000 Mitglieder. Am Schluß des ersten Verwaltungsjahres waren deren 595 vorhanden. Die Hauptaufgabe des Verbandes ist die Regelung und Sicherung der Stellung der Orts-Krankenkassen-Beamten. Während in der ersten Zeit des Bestehens des Verbandes zahlreiche Kassen-Vorstände den Verbandsbestrebungen oppositionell gegenüberstanden, haben zur Zeit eine ganze Anzahl von Kassen den Wünschen des Verbandes Rechnung getragen und ihre Beamten so gestellt, daß dieselben ohne Sorge der Zukunft entgegensehen können. Die Ministerien der größeren Bundesstaaten haben die ihnen in Petitionen unterbreiteten Wünsche des Verbandes berücksichtigt, neuerdings hat auch der preußische Handelsminister eine Verfügung erlassen, wodurch die Regierungspräsidenten ersucht werden, auf die Vorstände der Orts-Krankenkassen dahin einzuwirken und zu veranlassen, daß mit den Angestellten der Kassen Dienstverträge abgeschlossen werden, in denen die Gründe der Kündigung und angemessene Kündigungsfristen zu bestimmen sind.

Diese Ministerial-Erlasse bezeichnet der Bericht gleichfalls als einen günstigen Erfolg der Thätigkeit des Verbandes.

Aus den im Verbande bestehenden Unterstützungskassen sind in der Zeit vom 1. Januar 1897 bis Ende Juni 1898 gezahlt: Bei Stellenlosigkeit 2060 M., in Krankheitsfällen 672 M., bei Todesfällen 600 M. Zu diesem Punkt des Berichts wurde beschlossen, das Unterstützungswesen in der bisherigen Weise weiter bestehen zu lassen, außerdem aber solchen Mitgliedern, die wegen ihrer Thätigkeit für den Verband gemaßregelt worden sind, eine besondere Unterstützung zu gewähren. Von einer auf dem vorigen Verbandstag angeregten Schaffung einer eigenen Pensions-, Wittwen- und Waisenkasse nahm man Abstand und beauftragte den Vorstand, mit leistungsfähigen Versicherungsgesellschaften Verträge abzuschließen, in denen den Mitgliedern des Verbandes möglichst günstige Bedingungen gewährt werden.

Bei Besprechung der Haltung des Verbandsorgans rügten zwei Berliner und ein Mainzer Delegirter, daß das Organ einen Artikel „Zum Gedächtniß Kaiser Wilhelms" gebracht habe, der, wie aus den Ausführungen der Redner hervorzugehen scheint, die sozialpolitische Gesetzgebung auf kaiserliche Initiative zurückführt. Abgesehen davon, daß diese Auffassung der Ansicht vieler Mitglieder nicht entspreche, dürfe das Organ — so meinten die Redner — solche Artikel schon deshalb nicht bringen, weil der Verband Politik und Religion grundsätzlich ausschließt.

Bei der Debatte über den Stellen-Nachweis des Verbandes beantragte Albert Kohn-Berlin, Stellen, welche mit weniger als 1000 M. Jahresgehalt dotirt werden, nicht zu besetzen. Man solle den Kassen, die ihre Beamten niedrige Gehälter, bis hinunter zu 600 M. zahlen, nicht durch Ueberweisung von Beamten Vorschub leisten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu einer eingehenden Debatte kam es bei dem Bericht über die Resultate, welche der Verband hinsichtlich der Regelung der Stellung der Kassenbeamten erzielt hat, und welche Schritte nach dieser Richtung ferner zu thun sind. Ueber die Gehaltsverhältnisse der Beamten von Orts-Krankenkassen in Berlin machte Jul. Cohn folgende Angaben: In 29 Ortskassen mit zusammen 300 000 Mitgliedern sind angestellt: 34 Rendanten bez. Geschäftsführer, 140 Beamte im Innen- und 65 im Außendienst. Von den Rendanten erhielten 10 ein Monatsgehalt von 250 M. und darüber, 5 haben 175—200 M., 10 150—175 M., 8 100—150 M., 1 unter 100 M. Von den Beamten haben nur 3 pCt. ein Durchschnittsgehalt von 175 M., 18 pCt. haben 150—175 M., 15 pCt. 125—150 M., 60 pCt. 100—125 M., 4 pCt. unter 100 M. Die Kündigungsfrist ist meistens eine 4—6wöchentliche, zum Theil auch eine 14tägige. In Berlin besteht — wie der Redner ausführte — eine Kommission zur Regelung der Gehalts- 2c. Verhältnisse der Kassenbeamten (Lohnkommission), welche die Aufgabe hat, Klagen und Beschwerden von Beamten hinsichtlich des Gehalts, Anstellungsbedingungen 2c. entgegenzunehmen und eine Regelung mit den Vorständen herbeizuführen. Die Kommission habe schon manche Erfolge erzielt. Die Berliner Mitglieder ständen auf dem Standpunkt, daß das Petitioniren an die Behörden nicht der richtige Weg zur Besserung der Verhältnisse der Beamten sei. Der Redner beantragt daher, die Bezirksgruppen des Verbandes zu veranlassen, daß sie gleichfalls Lohnkommissionen einsetzen. Der Leipziger Delegirte bemerkte, daß die 200 Beamten der zentralisirten Orts-Krankenkassen Leipzigs ebenfalls durch Verhandlungen mit dem Vorstande eine Besserung ihrer Lage erreicht hätten. Es sind 5 Gehaltsklassen mit folgenden Jahresgehältern festgesetzt: 1. 2000—3000 M., 2. 1800—2700 M., 3. 1600—2400 M., 4. 1400—2100 M., 5. 1200—1800 M. Alb. Kohn-Berlin führte unter anderem aus: Wenn die Gehälter der Kassenbeamten anfangs sehr niedrige war, so sei das begreiflich, denn die in den Vorständen sitzenden Arbeiter hätten natürlich die Gehälter nach dem Maßstabe ihrer eigenen leider sehr geringen Löhne bemessen. Es sei aber doch mit der Zeit gelungen, die Kassenvorstände davon zu überzeugen, daß eine Gehaltsaufbesserung nothwendig sei, und habe man auch im allgemeinen eine Besserung gegen früher erreicht. Wenn jetzt infolge der Petitionen die Behörden ein warmes Herz für die Kassenbeamten gezeigt haben, so habe das die Berliner Kollgen mißtrauisch gemacht, denn die Behörden hätten ja unter ihren eigenen Unterbeamten sehr viele, die nicht besser gestellt sind, wie die Kassenbeamten. Die Berliner Mitglieder seien der Ansicht, man solle nur mittels der Lohnkommission die Lage der Beamten zu heben suchen. Nachdem auch einige auswärtige Delegirte dem Antrag Julius Cohn zugestimmt hatten, wurde derselbe angenommen. Folgende Anträge wurden dem Vorstande überwiesen: „Es wird hiermit der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Regierung und der Reichstag bei den nächsten Novellen zu den Versicherungsgesetzen Bestimmungen dahin aufnehmen werden, daß den Versicherten — für welche doch die Wohlthaten dieser Gesetze geschaffen sind — die gleichen Rechte, wie bei den Verwaltungen der Ortskrankenkassen, eingeräumt werden." „Zur Beseitigung der Buntscheckigkeit in der gesetzlichen Fürsorge für den erkrankten Arbeiter wolle hohe Regierung und Reichstag beschließen, eine einheitlichere Form auf Grundlage der zentralisirten Orts-Krankenkassen bezw. deren statutarischen Bestimmungen einzuführen."

Die übrigen Verhandlungsgegenstände haben kein allgemeineres Interesse. — Der nächste Verbandstag findet in München statt.

Die Former hatten sich am Sonntag Nachmittag im Kolberger Salon versammelt. Litfin hielt einen Vortrag über die angekündigte Beschränkung der Koalitionsfreiheit. Redner fand für seine trefflichen Ausführungen lebhafte Zustimmung. Dann wurde über die jetzt einreißenden Lohnabzüge berathen. Plath berichtete von der Firma Pätzold, daß einer Kommission vom Direktor und den Meistern versprochen wurde, keine Abzüge mehr machen zu wollen. Trotzdem wurde mit den Abzügen fortgefahren und Mitglieder der Kommission, trotz Zusage, sie nicht entlassen zu wollen, entlassen. Redner weist nach, daß in allen Gießereien die Preise gedrückt würden, ganz ohne Grund, da die Geschäftslage eine andauernd gute sei. Dewitz berichtet über die Firma Hartung, daß dort Formern die Arbeit verweigert wurde, weil sie keine Herabsetzung der Löhne vornehmen lassen wollten. Nachher haben aber Lehrlinge den Preis erhalten, der vordem gezahlt wurde. Zernicke verurtheilt das ungenügende Zahlen der freiwilligen Beiträge. Die Kollegen ließen sich eher 2—3 M. abziehen, anstatt 50 Pf. an die Organisation zu zahlen, die allein die Preise halten kann. Louis Müller ist der Ansicht, daß, so lange kein Minimallohn festgesetzt ist, auch keine Einigkeit bei den Formern herrsche. Er beantragt, eine Kommission zu wählen, die statistisches Material sammelt und es bearbeitet einer nächsten Versammlung vorlegt. Nach einer lebhaften Diskussion über diesen Antrag wird beschlossen: „In nächster Zeit findet eine Vertrauensmänner-Versammlung statt, diese wählt eine Kommission und unterbreitet ihr das betreffende Material. In einer öffentlichen Versammlung soll dann die Kommission berichten." Zernicke weist noch auf eine Behauptung des Hauptmann Knöffel hin, nach der die Unternehmer-Arbeitsnachweise im stande sein sollen, die brauchbarsten und besten Arbeiter auszuwählen. Das Gegentheil treffe zu, da sich am Streik immer die tüchtigsten Kräfte betheiligt hätten, die dann von den Unternehmern boykottirt würden. Es sei Pflicht der Arbeiter, ein Ueberhandnehmen der Unternehmer Arbeitsnachweise zu bekämpfen.

Die Graveure und Ciseleure hatten am 20. d. M. eine Filialversammlung im Vereinslokal Dresdener-Garten einberufen. Zunächst hielt Dr. Zadek einen Vortrag über „Die Heilkunde der Gegenwart". Diskussion fand nicht statt. Im geschäftlichen Theil machte der Vorsitzende bekannt, daß 19 Kollegen dem Verbande beigetreten sind, und erfolgte dann die Wahl des Mitgliedes Falke zum Expedienten der Fachzeitung für Berlin. Unter „Verschiedenem" entspinnt sich über die Fachzeitung eine längere Debatte, und wurde wegen der vorgerückten Stunde beschlossen, die Diskussion in der nächsten Versammlung fortzusetzen. Zum Schluß machte noch der Vorsitzende bekannt, daß die Versammlung am 4. Oktober ausfällt, und die am 18. Oktober stattfindende Versammlung eine General-Versammlung ist.

Die Handelshilfsarbeiter hielten am 20. September in den Arminhallen eine öffentliche Handelshilfsarbeiter-Versammlung ab mit dem Thema: Welche Organisation ist für die Handelshilfsarbeiter am zweckmäßigsten? Der Referent Paul Litfin behandelte die Frage von dem Standpunkte aus, daß die Organisationsform keine Frage des Prinzips, sondern lediglich eine Frage der Taktik sei, die sich nach den jeweiligen Orts- und Berufsverhältnissen richten muß. Während der zweite Referent, Blaurock, die Zentralisation auf grund des Vertrauensmänner-Systems den versammelten Handelshilfsarbeitern empfahl. Die Diskussion wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Sodann wurde nach einer lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte bezüglich der Kongreßfrage folgende Resolution angenommen: Die Versammlung aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter protestiren ganz entschieden dagegen, daß die Herren Hoffmann und Genossen zu Weihnachten dieses Jahres einen allgemeinen Berufskongreß nach Kassel einberufen. Die Versammlung erklärt, daß den genannten Personen von den Kollegen Deutschlands niemals ein solcher Auftrag ertheilt worden ist. Einen solchen Kongreß einzuberufen steht nur dem auf dem Halberstädter Kongreß gewählten Vertrauensmann für Deutschland zu und werden wir die etwaigen gefaßten Beschlüsse von dem Kasseler Kongreß unter keinen Umständen anerkennen.

Die Rabitzputzer (Zahlstelle III) hörten am 20. d. M. einen lehrreichen Vortrag des Mitgliedes Fritsche über die Lohnbewegungen im Jahre 1898. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, 200 M. an die Hauptkasse abzuführen und 50 M. einem hilfsbedürftigen Kollegen zu überweisen.

Die Bauarbeiter hielten am Sonntag bei Herzberg, Alte Jakobstraße, eine öffentliche Versammlung ab, um zu der Abzweigung der Rabitzspanner und der Putzerträger bezüglich der Sammlungen zum allgemeinen Streikfonds Stellung zu nehmen. Wie angeführt wurde, haben die Rabitzspanner entgegen früheren Versammlungsbeschlüssen einen eigenen Fonds für ihre Berufsgenossen gegründet und enthalten sich infolge dessen den Sammlungen für den allgemeinen Fonds. Von den Putzerträgern soll ein ähnliches Vorgehen beabsichtigt werden, was aber, wie sich im Laufe der Diskussion ergeben hat, bisher nicht der Fall ist. Von dem Referenten sowohl, als auch von mehreren anderen Rednern, wurde das Verhalten der Rabitzspanner, die dadurch eine Zersplitterung der Bauarbeiter-Bewegung zu gunsten der Unternehmer veranlassen, sehr getadelt. Die Rabitzspanner begründeten ihr Vorgehen damit, daß man von ihren Kollegen verhältnißmäßig zu hohe Beiträge fordere und weil die Lohnkommission ihre Interessen, da sie mit ihren Verhältnissen zu wenig vertraut sei, nicht genügend vertreten könne. Sie wiesen im weiteren darauf hin, daß ihre Zahlstelle von etwa 20 Mitglieder auf ca. 130 Mitglieder, die sich fast ausnahmslos an den Sammlungen zu dem eigenen Streikfonds betheiligen, gewachsen ist und wünschten, daß wenn nothwendig eine gegenseitige Unterstützung platz greift. Nach einer langen Diskussion gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der die Versammlung die Absonderung der Rabitzspanner mißbilligt und ihr Bedauern darüber ausspricht.

Schöneberg. Die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins beschäftigte sich am 19. September mit der Frage: „Sollen die Genossen nur bei Genossen kaufen?" Außerdem gab das Mitglied Spittel einen Ueberblick über die letzten Tagesereignisse. — Die nächste Versammlung (Generalversammlung) findet am 3. Oktober statt, in derselben findet die Ersatzwahl des Vorstandes statt, auch gelangt in derselben die Broschüre: „99 Fragen über das Unfallverhütungs-Gesetz" zur Gratisvertheilung an die Mitglieder.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 26. September. (B. H.) Der rapid zurückgehende Rheinwasserstand zeitigt große Unzuträglichkeiten im Schleppschifffahrtsverkehr. Auf der Strecke des Niederrheins unterhalb Düsseldorfs sind wiederum mehrere Schleppzüge aufgefahren. Die Unsicherheit des Betriebes nimmt stetig zu. Der Kölner Pegel ist auf 2 Meter, der Ruhrorter auf 0,42 Meter zurückgegangen.

Paris, 26. September. (B. H.) Der Revisionsbeschluß wurde von der Bevölkerung durchweg günstig aufgenommen. Während der Verhandlungen des Ministerraths herrschte vor dem Ministerium des Innern große Bewegung; zahlreiche Polizei war aufgeboten. Als die Minister das Gebäude verließen, rief die Menge: „Es lebe Brisson! Es lebe Picquart! Es lebe die Armee!"

Paris, 26. September. (W. T. B.) Der heutige Ministerrath dauerte vier Stunden, während dem nur die Frage der Revision des Dreyfus-Prozesses verhandelt wurde. Die Debatte war den Blättern zufolge sehr lebhaft. Die der Revision freundlichen Minister sollen alle Mühe gehabt haben, den Justizminister Sarrien zu bewegen, daß er sich über das ablehnende Gutachten der Revisionskommission hinwegsetze. Der Arbeitsminister Viger bekämpfte, wie gemeldet wird, die Revision aufs entschiedenste, stimmte aber schließlich der Entscheidung des Ministerrathes zu. Gleichwohl verlautet, daß Viger zurückzutreten beabsichtige.

Paris, 26. September. (W. T. B.) Das heute Abend verbreitete Gerücht von der Demission des Ackerbauministers Viger bestätigt sich nicht. Viger bekämpfte im Ministerrathe die Revision des Dreyfus-Prozesses, beugte sich aber nach dem Vorgange des Justizministers Sarrien vor der Entscheidung des Ministerraths.

London, 26. September. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Paris gemeldet wird, verlautet aus guter Quelle, daß Chile und Argentinien sofort die schiedsrichterliche Entscheidung über den südlichen Grenztheil einleiten werden, welcher in dem dieser Tage in Santiago abgeschlossenen Uebereinkommen bezeichnet ist. Der nördliche Grenztheil soll als besondere Frage behandelt werden.

Rom, 26. September. (W. T. B.) Die „Italie" veröffentlicht den Wortlaut der Antwort Italiens auf den Vorschlag des Kaisers von Rußland zur Begrenzung der Rüstungen.

In der Note wird erklärt, daß die italienische Regierung bereit sei, an der Konferenz theilzunehmen.

Madrid, 26. September. (W. T. B.) In amtlichen Kreesen glaubt man, daß die Räumung Kuba's vor Verlauf dreier Monate beendigt sein werde.

Kopenhagen, 26. September. (W. T. B.) Der ehemalige Vizepräsident des Gemeinderaths und frühere sozialistische Abgeordnete des Folkethings, Peter Holm, der unter der Anschuldigung des Betruges verhaftet wurde, ist heute Nachmittag hier im Gefängniß gestorben.

Petersburg, 26. September. (B. H.) Anläßlich der Regierungsübernahme in China durch die Kaiserin-Mutter richtete der Zar ein Glückwunsch-Telegramm an dieselbe. Ueber die Ursache des Regierungswechsels verlautet, die mongolischen Bannerherren hätten gedroht, ihre Stellungen niederzulegen, wenn das Bündniß mit Japan zu stande kommen würde.

Konstantinopel, 26. September. (B. H.) Der Sultan hat jetzt, wie verlautet, in die Abberufung der türkischen Truppen von Kreta eingewilligt. Die Räumung soll Mitte Oktober erfolgen.

Athen, 26. September. (Meldung der „Agence Havas".) Die aus Kanea hier eingetroffenen Flüchtlinge berichten, daß die Christen Rethymno geräumt haben.

Auf Kreta glaubt man allgemein, daß die türkischen Truppen in kurzer Zeit zurückgezogen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt

Lokales.

5. Wahlkreis. Am Donnerstag, abends 8½ Uhr findet die Fortsetzung der Versammlung vom 13. September im Schützenhause, Linienstr. 5, statt.

Aus dem Verwaltungsbericht des Magistrats über das städtische Arbeitshaus und Arbeitshaus-Hospital in Rummelsburg für den 1. April 1897/98 entnehmen wir folgende Angaben von allgemeinem Interesse. Im Arbeitshause werden solche Personen aufgenommen, welche in Berlin wegen Bettelns, Müßiggangs, Gewerbsunzucht, Arbeitsscheu und Obdachlosigkeit von den Gerichten verurtheilt und der Landes-Polizeibehörde überwiesen worden sind. Letztere erhält dadurch die Befugniß, die verurtheilte Person entweder bis zu zwei Jahren in ein Arbeitshaus unterbringen zu lassen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden. Die Verurtheilten können zu Arbeiten, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, verwendet werden. Die Kosten der Verpflegung in der Anstalt, der bei der Entlassung aus dieser, wenn nöthig, zu gewährenden Bekleidung und entstehenden Falles der Beerdigung ist der Landes-Armenverband von Berlin nach dem Gesetze vom 8. März 1871 zu tragen verpflichtet, insoweit als diese Kosten durch den aufkommenden Arbeitsverdienst nicht gedeckt werden. Am 31. März 1897 waren im Arbeitshause Rummelsburg 1175 Männer und 125 Frauen, in dem Jahre vom 1. April 1897—1898 kamen in Zugang 975 Männer und 190 Frauen, in Abgang 1075 Männer und 185 Frauen; vom 31. März 1898 waren noch 1075 Männer und 130 Frauen im Bestande. Alle zusammen verbrauchten 443 308 Verpflegungstage. Die größere Hälfte der Männer stand im Alter von 30 bis 50 Jahren, während die Mehrzahl der Frauen noch nicht 25 Jahre alt war. Männer und Frauen werden innerhalb der Anstalt räumlich von einander streng getrennt gehalten. Auch die jugendlichen, bei der Einlieferung in das Arbeitshaus noch nicht 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Korrigenden werden in besonderen Unterabtheilungen während der ganzen Dauer ihrer Besserungshaft bei allen Verrichtungen, sowohl während der Arbeit, als auch während der Ruhepausen, Mahlzeiten und Nachtruhe, von den Erwachsenen streng gesondert gehalten. Ihre Anzahl betrug im Berichtsjahre 12 Knaben und 39 Mädchen im Alter von 15 bis 18 Jahren, welche trotz ihrer Jugend schon eine traurige Vergangenheit hinter sich hatten. Die 12 Knaben waren wegen Bettelns oder Obdachlosigkeit zusammen 54 mal mit gerichtlicher Haft und 15 mal mit Arbeitshaus (9 zum ersten, 3 zum zweiten Male) bestraft, außerdem 10 von ihnen wegen Diebstahls, Betruges und so weiter, zweimal mit gerichtlichen Verweisen und 20 mal mit Gefängniß. Die 39 Mädchen waren bestraft wegen Gewerbsunzucht zusammen 130 mal mit gerichtlicher Haft und 41 mal mit Arbeitshaus (37 zum ersten, 2 zum zweiten Male); 13 von ihnen außerdem wegen der verschiedensten Eigenthumsvergehen fünfmal mit gerichtlichen Verweisen und 17 mal mit Gefängniß. Alle 51 Jugendlichen waren zusammen 284 mal vorbestraft, als sie in das Arbeitshaus kamen. Durch „Seelsorge" und Unterricht, welchen sie in einer besonders für sie eingerichteten Schule genießen, sollen sie bei strenger Anstaltszucht und geregelter Arbeit moralisch gebessert werden. Ob dies bei dem sozialen Milieu, dem die Unglücklichen nach ihrer Entlassung wieder anheimfallen, oft gelingen wird?

Mit der Neu-Ordnung des Stundenplanes in der 6. Klasse der Gemeindeschule, die im Oktober 1897 eingeführt wurde, hat sich am Sonnabend der „Neue Volksschullehrerinnen-Verein" beschäftigt. Seit nun einem Jahre wird in der 6. Klasse nicht mehr in ganzstündigen, sondern in halbstündigen Abschnitten unterrichtet. Ueberdies werden jetzt mehrere Stunden dem Spiele, namentlich dem Bewegungsspiel, gewidmet, weshalb auch das Pensum der Klasse etwas hat verringert werden müssen. Fräulein Rähmel, die über die bisher damit gemachten Erfahrungen berichtete, beklagte in ihrem Referat, daß durch diese Neuerung, selbst wenn der davon erwartete gesundheitliche Nutzen eintreten sollte, doch der Erfolg des Unterrichts herabgemindert werde. In 30 Minuten komme man manchmal kaum recht zum Unterrichten, geschweige zur ausführlichen Behandlung eines Gegenstandes. Auch der Nutzen der Spiele sei fraglich, da die Kinder dadurch zerstreut würden. Die Verminderung des Pensums der 6. Klasse müsse künftig die 5. Klasse um so mehr belasten. Es sei daher nothwendig, in allen Klassen das Pensum zu ermäßigen und das achtklassige System einzuführen. — In der Diskussion wurde mitgetheilt, daß thatsächlich nach und nach in allen Klassen das Pensum verringert und ein allmäliger Uebergang zum zunächst siebenklassigen System herbeigeführt werden solle. Für die 5. Klasse werde der veränderte Lehrplan schon im Oktober dieses Jahres kommen, die 4., 3. u. s. w. werde bald nachfolgen, und in 3—4 Jahren hoffe man es so bis zum siebenklassigen System zu bringen. Von den zahlreichen Lehrerinnen, die sich an der sehr regen Debatte betheiligten, äußerte sich eigentlich keine einzige in günstigem Sinne über die bis jetzt mit der Neuerung gemachten Erfahrungen. Vielfach wurde betont, daß der fortwährende und rasche Wechsel des Unterrichtsgegenstandes eine erfolgreiche Arbeit fast unmöglich mache. Es bleibe nur übrig, gestanden einige, mit oder ohne Erlaubniß des Rektors von der Vorschrift abzuweichen und den Stundenplan, dem eigenen Ermessen folgend, mehr nach dem Bedürfniß als nach der Uhr einzurichten. Das Ziel der 6. Klasse sei jetzt, trotz der theilweisen Verminderung des Stoffes, doppelt schwer zu erreichen, da das Spiel einen beträchtlichen Theil der früher verfügbaren Zeit beanspruche. Mehrere Rednerinnen hielten den Stoff für noch zu umfangreich, andere wünschten nur mehr Zeit. Verschiedentlich wurde die bekannte Ueberfüllung der Klassen für die hervorgetretenen Uebelstände verantwortlich gemacht. Bei 60 bis 70 Kindern sei es nicht möglich, in einer knappen halben Stunde alle Kinder heranzunehmen. Die Spielstunden wurden meist als lediglich zerstreuend und dadurch den übrigen Unterricht hemmend bezeichnet und nur von wenigen vertheidigt. — Auf die ursprüngliche Absicht, gegen die Neu-Ordnung Stellung zu nehmen, wurde thatsächlich verzichtet, weil der Verein schon im September 1897 in einer Resolution die damals bevorstehende Reform für nicht ausreichend erklärt und dafür das achtklassige System, Einschränkung des Pensums der einzelnen Klassen, Verringerung der Stundenzahl und Herabsetzung der Frequenz gefordert hat. Man will noch ein halbes Jahr warten, bis weitere Erfahrungen vorliegen, und sich dann von neuem dazu äußern. Auch der von einer Seite gestellte Antrag auf Einführung obligatorischer Kindergärten, die bis zum 7. Jahre zu besuchen seien, wurde vorläufig zurückgezogen.

Nochmals der Ausfall der Gewerbegerichts-Wahlen. Uns wird geschrieben: Die Frage, wie weit das Gefasel der Blätter von einem bürgerlichen Siege bei den Gewerbegerichts-Wahlen von Werth ist, verdient doch etwas näher beleuchtet zu werden. Es sei folgendes Beispiel herausgegriffen: Im 42. Wahlbezirk wurden 482 Stimmen abgegeben; davon erhielten die Gegner 241, wir 239 Stimmen und 2 waren ungiltig. Die Thatsache, daß wir mit so wenig Stimmen im Nachtheil blieben, ist auf das Konto einer Reihe zu uns gehöriger Wähler zu setzen, welche in unverantwortlicher Weise ihr Wahlrecht verbummelt haben, trotzdem sie nichts davon abhielt, es auszuüben. Wenn nun aber gefolgert wird, daß es mit unserm Vordringen in bürgerlichen Kreisen vorbei ist, so ist das eine Behauptung, die jeder, der der Wahlhandlung beigewohnt hat, widerlegen kann. Ich habe selbst thatkräftig mit in die Agitation eingegriffen, bin bei vielen Kleinmeistern gewesen, um sie zur Wahl aufzufordern; die Leute erklärten aber vielfach, daß sie gern wählen würden, wenn die Stimmzettel nicht von einander zu unterscheiden wären und sie keine geschäftlichen Nachtheile zu befürchten hätten. In der That waren die Stimmzettel leider an Farbe und Größe so von einander verschieden, daß es den Genossen, welche der Auszählung beiwohnten, möglich war, von weitem den Unterschied zu erkennen. Unter solchen Umständen soll sich nun ein in letzter Stunde herbeigeschleppter und mit Argusaugen beobachteter Kleingewerbetreibender unterstehen, einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Es wäre mit seiner Existenz vorbei gewesen! Und das Eine muß man den Gegnern nun lassen, das „Schleppen" verstehen sie aus dem ff! Auf das auf solche Weise erreichte Resultat mögen sie stolz sein, ein Achtungserfolg war es nicht!

Die städtische Verkehrsdeputation hat der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn auf ihren Antrag den Bescheid ertheilt, daß die Deputation nicht in der Lage sei, die Zustimmung zu den von der Direktion beantragten Linien: 1. von der Prinz Albrechtstraße durch die Wilhelm-, Hedemann-, Königgrätzer-, Großbeerenstraße nach dem Viktoria-Park, 2. von der Hedemannstraße nach dem Belle-Allianceplatz und dem Halleschen Thore zu ertheilen, da die Große Berliner Straßenbahn vertragsmäßig für die ganze Wilhelmstraße ein Vorrecht hat. Einen weiteren abschlägigen Bescheid erhielt die Direktion auf ihren Antrag wegen Baues einer neuen Linie, die durch die Königgrätzerstraße, Voß-, Mohrenstraße, Hausvogteiplatz, Niederwall-, Wallstraße bis zur Jannowitzbrücke einerseits und andererseits durch die Roßstraße, Amenstraße, Engel-Ufer, Wrangelstraße führen sollte.

Hinsichtlich der Räumungsfrist für Geschäftslokale, über welche in den Kreisen der Interessenten immer noch große Unklarheit herrscht, ist jetzt, wie ein Berichterstatter wissen will, im Hinblick auf den bevorstehenden Oktober-Umzug in einem bestimmten Falle auf eine Anfrage beim Polizeipräsidium eine sehr wichtige Aufklärung gegeben worden. Danach müssen Geschäftslokale mit dem Ablauf des letzten Quartalstages geräumt sein, so daß dem neuen Miether am ersten Tage des neuen Quartals die Geschäftsräume morgens übergeben werden können. Die bisher mitgetheilten polizeilichen Verordnungen vermeiden zwar konstant, sich über die Räumungsfrist für Geschäftslokale bestimmt auszusprechen, weil der Polizei gesetzlich nur das Recht zur Bestimmung der Räumungsfristen für Wohnungen gegeben ist. Es hat sich aber in der Praxis die obige Auslegung Bahn gebrochen, und deshalb wird man dieselbe auch für den bevorstehenden Umzug anerkennen müssen. Bezüglich der Räumungsfrist für die zu den Geschäftslokalen gehörenden Wohnungen, die von der Familie des Geschäftsinhabers bewohnt werden, kommen dieselben polizeilichen Vorschriften zur Anwendung, die für alle übrigen Privatwohnungen gelten.

Die Verhandlungen wegen der Vereinigung sämmtlicher kaufmännischer Fortbildungsschulen in Berlin, welche zwischen dem Handelsministerium und dem Vorstande des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller geführt wurden, sind, wie berichtet wird, nunmehr zum Abschluß gelangt.

Fachklasse für Typographen an der ersten Handwerkerschule zu Berlin. Die Fachklasse giebt den Buchdrucker-Gehilfen Gelegenheit zu kunstgewerblicher und technischer Ausbildung. Der Unterricht ist auf mindestens zwei Halbjahre berechnet und umfaßt im Winterhalbjahr 1898/99 folgende Fächer: Sonntag von 8—12 Uhr vormittags: Abtheilung A. Entwerfen und Skizziren von Drucksachen (1. Theil). — Farbenlehre: Grundzüge der typographischen Flächeneintheilung; die Schrift; das typographische Ornament und seine Anwendung. — Farbenlehre; technisches Farbensystem; Anlegen farbiger Drucksachen. — Montag und Donnerstag von 7—9 Uhr abends: Zeichnen von Schriften, Ornamenten und lebenden Pflanzen; Stillehre. — Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends: Abtheilung B. Entwerfen und Skizziren von Drucksachen (2. Theil); Buchausstattung; Accidenzen; Reklame-Arbeiten. — Sonntag von 8—12 Uhr; Zeichnen von Schriften und Ornamenten; Uebungen im Entwerfen. — Sonntag von 8—12 Uhr vormittags: Abtheilung C. Fachlehre (Vorträge, Demonstrationen und Uebungen). 1. Von 8—10 Uhr: Maschinenkunde. — Das Drucken. Elektrische Kraftübertragung und Beleuchtung in Druckereien. Der Farbendruck. 2. Von 10—12 Uhr: Schneiden von Tonplatten in Metallen und anderen Materialien, sowie deren Behandlung. Außerdem giebt die Handwerkerschule in ihren Abendklassen Gelegenheit zu einer umfassenden Ausbildung in den verschiedenen Zweigen des Freihandzeichnens, im Zirkel- und Projektionszeichnen, in der Schattenkonstruktion und Perspektive, in der Mathematik, Physik, Mechanik, Chemie, im Rechnen und in der Buchführung. Das Winterhalbjahr beginnt am 7. Oktober. Anmeldungen werden im Schulhause, Lindenstraße 97, am 29. und 30. September und vom 3. bis 7. Oktober von 6 bis 8 Uhr abends entgegengenommen. Nähere Auskunft ertheilt am Montag, Mittwoch und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends O. Jessen, Direktor der 1. Handwerkerschule.

Die Besteigung des Rathhausthurmes hört mit Freitag, den 30. d. M. für dieses Jahr auf.

Einen merkwürdigen Fall, der in der Geschichte der Medizin wohl einzig dasteht, hat gegenwärtig die königliche Klinik in Behandlung. Im Laufe des Sommers machte der Konditor Thürkamm mit seiner Familie einen Ausflug. Hierbei pflückte sein achtjähriger Sohn eine Aehre ab, steckte die unreifen Körner in den Mund und aß auch einige. Nach einiger Zeit stellten sich Schwellungen im Munde ein, die immer größere Beschwerden zur Folge hatten. Das Leiden wurde so schlimm, daß man den Knaben vor einiger Zeit in die Klinik bringen mußte. Nach Ansicht der Aerzte rührt die Krankheit von jenen Körnern her. Die Körner oder eines von ihnen waren mit dem Strahlenpilz behaftet, und dieser übertrug sich auf die Mundhöhle. Die Krankheit dehnte sich auf den ganzen Unterkiefer aus, und es blieb schließlich, um das Leben des Kranken zu retten, nichts anderes übrig, als ihm den Unterkiefer auszumeißeln. Da das Korn nicht mehr vorhanden ist, so lassen sich allerdings absolut sichere Feststellungen über den Ursprung der Krankheit nicht mehr machen, aber die höchste Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie so, wie dargestellt wurde, entstanden ist. Der traurige Fall möge daher zur Warnung dienen.

Der Theater-Unternehmer Hugo Hoffmann aus Hamburg, der nach Verübung umfangreicher Betrügereien flüchtig geworden ist, beabsichtigte mit einem Opern-Ensemble im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater zu gastiren. Es kam auch wirklich zwischen ihm und dem Direktor dieses Theaters eine vorläufige Abmachung dahin zu stande, daß der Unternehmer vom 24. Oktober ab mit dem Ensemble seinen Einzug dort halten sollte. Schwer geschädigt sind durch den Gauner, der sich durch sein einschmeichelndes Wesen und seine mit großer Virtuosität vorgetragenen Erzählungen von einer ihm in Aussicht stehenden großen Erbschaft überall Vertrauen und Kredit zu erwerben suchte, abgesehen von den vertrauensseligen Leuten, die ihr Geld an dem „Theater-Unternehmen verlieren, die Mitglieder des Opern-Ensembles, welches von ihm angeworben ist. Es sind 30 Solisten und 20 Choristen engagirt worden, die jetzt um ihre Hoffnungen betrogen sind. Von dem Herrn Hoffmann und der schönen Ungarin, seiner Geliebten, ist bisher keine Spur gefunden.

Veränderungen im Straßenbahn-Fahrplan. Mit dem Beginn des Fahrplanes der Großen Berliner Straßenbahn für das Winterhalbjahr 1898/99 — am 24. Oktober cr. — sind folgende Veränderungen in Aussicht genommen: 1. Linie 1 Ringbahn: nach Einrichtung des elektrischen Betriebes soll eine Theilstrecke Oranienburger Thor—Hallesches Thor via Landsberger Thor in Abständen von 8 Minuten eingeführt werden, so daß auf dieser Strecke ein 4-Minutenverkehr erfolgt; 2. Linie 2 Gesundbrunnen—Molkenmarkt—Kreuzberg: Betriebsanfang morgens 5 Uhr 24 Minuten bez. 5,30 Uhr und endigt erst 12 Uhr 42 Minuten bezw. 12 Uhr 48 Minuten nachts; 3. Linie 20 Rixdorf—Schönhauser Allee: Mit der Einrichtung des elektrischen Betriebes soll dem lebhaften Verkehr in den frühen Morgenstunden bezw. Abendstunden durch größere Ausdehnung des Betriebes entsprochen werden. 4. Linie 24 Kreuzberg—Behrenstraße. Für diese Linie ist der elektrische Betrieb in Aussicht genommen. 5. Linie 26 Lützowplatz bis Weißenburgerstraße. Die jetzige Linie Lützowplatz—Brandenburger Thor—Hackescher Markt bis Alexanderplatz soll von der Münz- und Weinmeisterstraßen-Ecke ab nicht mehr nach dem Alexanderplatz, sondern bis Danzigerstraße geführt werden; 6. Linie 27: Zoologischer Garten—Treptow: Zwischen Treptow und Schlesisches Thor ist ein 24-Minuten-Verkehr vorgesehen; 7. Linie 28: Steglitz (Schloßpark)—Friedenau—Schöneberg—Spittelmarkt—Alexanderplatz 12-Minuten-Verkehr; zwischen Alexanderplatz—Schöneberg verbleibt es bei dem bisherigen Betriebsaufwand. 8. Linie 32: Weddingplatz—Leipzigerplatz soll erst um 11 Uhr 22 Minuten nachts ab Weddingplatz bezw. 12 Uhr 4 Minuten nachts ab Leipzigerplatz aufhören. Die größte Fahrgeschwindigkeit mit elektrischem Betrieb weisen die Linien: Dönhoffplatz—Treptow bezw. Schlesische Brücke mit 218 Metern bezw. 215 Metern in der Minute auf; dann folgen die Linien Oranienburger Thor—Hallesches Thor 197,8 Meter, Zoologischer Garten—Treptow 195 Meter, Dönhoffplatz—Glogauerstraße 192 Meter in der Minute, die geringste Geschwindigkeit mit elektrischem Betrieb weist die Linie Gesundbrunnen—Molkenmarkt—Kreuzberg mit 165 Metern die Minute auf. Mit Pferdebahnbetrieb wird die größte Geschwindigkeit auf der Linie Demminerstraße—Kreuzberg mit 175 Metern die Minute erzielt, und die geringste Geschwindigkeit auf der Linie Mariendorf—Behrenstraße mit 149,2 Metern die Minute.

Ein abscheuliches Verbrechen ist gestern Vormittag um 11½ Uhr im Keller des Hauses Fürbringerstr. 1, an der Ecke der Solmsstraße, verübt worden. Die Grünkram- und Seifenhändlerin Frau Bertha Dormann aus der Zossenerstr. 44 hat die Schutzmannsfrau Meta Heitmann aus der Zossenerstr. 9 mit einem Beile zu erschlagen versucht und ihr am Kopfe so schwere Verletzungen beigebracht, daß kaum noch Hoffnung vorhanden ist, sie am Leben zu erhalten. Frau Heitmann hatte der Frau Dormann nach und nach über 100 Mark geliehen. Wegen der Rückgabe war es schon wiederholt zu Streitigkeiten zwischen den beiden Frauen gekommen. Frau Dormann wollte ihr Kellergeschäft am 1. Oktober von der Zossenerstr. 44 nach der Fürbringerstr. 1 verlegen. Im Keller dieses Hauses befinden sich an der Straße Geschäftsräume, hinter diesen nach dem Hofe zu unter anderem ein Raum für Kohlen 2c. Gestern Vormittag nach 11 Uhr lockte Frau Dormann die Frau Heitmann in den Keller hinein, um ihr angeblich ihre neuen Geschäftsräume zu zeigen. Nachbarsleute sahen die beiden Frauen mit einander von der Straße aus in den Keller hineingehen. Später hat aber niemand mehr auf sie geachtet. Bald nach 11½ Uhr hörten Kinder, die auf dem Hofe spielten, ein Gestöhn aus dem Keller heraufdringen. Sie theilten ihre Wahrnehmungen den Eltern mit und diese der Hauswirthin Frau Heinrich. Die Wirthin ging mit dem Schutzmann Prothmann, der in ihrem Hause wohnt und zufällig dienstfrei war, in den Keller hinunter, um nachzusehen, was es da gebe. Man fand unter einem Sack eine Frau liegen, die schwer röchelte und mit Blut besudelt war und erkannte in ihr sofort die Frau Heitmann und stellte schwere Kopfverletzungen fest. Diese mußten mit einem stumpfen Werkzeuge beigebracht worden sein. Auch das Werkzeug fand man alsbald; es war ein Beil, das dicht bei der Schwerverwundeten lag. Die Revierpolizei, die gleich herbeigerufen wurde, ließ Frau Heitmann in das Krankenhaus Am Urban bringen. Um zwei Uhr lebte sie noch, doch war keine Aussicht vorhanden, sie durchzubringen. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich sofort auf Frau Dormann, weil man diese mit der Verletzten hatte in den Keller gehen sehen. Beamte gingen in ihre Wohnung und trafen sie im Geschäftskeller. Sie stellte sich, als ob nichts vorgefallen wäre, legte dann aber, als man ihr die That auf den Kopf zusagte, theilweise ein Geständniß ab. Sie sagte, daß sie im Keller mit Frau Heitmann in Streit gerathen sei und in der Wuth sie mit dem Beil, das zufällig dagelegen, über den Kopf geschlagen habe. Diese Darstellung trifft aber wohl nicht zu.

Ferner wird uns noch berichtet: Die überfallene Frau Heitmann ist nicht, wie man zunächst glaubte, eine Schutzmannsfrau, sondern die Frau eines auswärtigen Fabrikanten. Sie heißt Meta Sieck und ist am 15. Juni 1868 zu Hamburg geboren. Ihr Ehemann Heitmann hatte früher in Mannheim eine Lampenfabrik, die er jedoch nicht halten konnte. Seit dem Untergange des Geschäfts lag seine Frau mit ihm in Scheidung. Frau Heitmann, die das Lehrerinnen-Examen gemacht hat, zog nun nach Berlin und wohnte der Frau Dormann gegenüber, die in der Zossenerstr. 44 ein Seifen- und Petroleumgeschäft betrieb, während ihr Mann Vorarbeiter bei der städtischen Straßenreinigung ist. Sie wurde ihre Kundin und erwies ihr auch öfter Gefälligkeiten, lieh ihr ihre Schmucksachen und, wie schon mitgetheilt wurde, nach und nach auch über 100 M. baares Geld. Wie die verwundete Frau aufgefunden wurde, haben wir schon mitgetheilt. In dem hinteren Kellerraume, der auch als Küche benutzt wird, steht an der einen Wand eine Kiste, auf der Betten lagen; der Kiste gegenüber liegt Koaks. Zwischen Kiste und Koaks lag Frau Heitmann auf dem Boden. Sie blutete aus mehreren Kopfwunden. Das Haar war zerzaust und hing in Strähnen vom Kopfe herunter. Ihr falsches Gebiß lag auf dem Koakshaufen. Ein Handbeil, mit dem Oehr die Hiebe auf den Kopf der Frau geführt sind, lag auf der Maschine und war mit Blut besudelt; auch Haare der geschlagenen Frau klebten daran. Man fand ferner im Keller eine Flasche mit Rum und zwei Gläser. Diese Sachen sind beschlagnahmt und einem Gerichtschemiker zur genauen Untersuchung übergeben worden. Denn der Rum enthält dem Geruche nach fremde Zusätze, in denen man Gift oder Betäubungsmittel vermuthet. Ein Glas stand auf der Kiste, das zweite hing am Küchenrahmen. Die schwerverwundete Frau wurde zunächst nach dem Flur des Hauses Solmsstraße 44 gebracht. Im selben Augenblick kam auch Dormann, den die Hauswirthin Frau Heinrich hatte benachrichtigen lassen, dazu. Er stellte an Frau Heitmann die auffallende Frage: „Habe ich Ihnen etwas gethan?" Die Schwerverwundete antwortete mit schwacher Stimme: „Sie nicht, Herr Dormann, aber Ihre Frau hat mich so geschlagen." Auf dem Wege zum Krankenhause verlor die Frau in der Droschke das Bewußtsein. Im Krankenhause stellte man fünf schwere Hiebwunden am Kopfe und eine im Gesichte fest. Die Kämme im Haar waren gebrochen und zum Theil in die Wunden eingedrungen. Der Hieb ins Gesicht hatte die wenigen Zähne, die Frau Heitmann noch besaß, in das Zahnfleisch hineingetrieben. Die Operationen, die man an der Verwundeten sofort vornahm, scheinen guten Erfolg zu haben. Wenn keine Komplikationen eintreten, so hofft man, Frau Heitmann schon nach drei bis vier Tagen vernehmen zu können. Frau Domann wurde, wie berichtet, in ihren Geschäftsräumen in der Fürbringerstraße festgenommen und zunächst nach der Revierwache in der Teltowerstraße gebracht. Unsere Mittheilung, daß sie theilweise gestanden habe, beruht auf einem Irrthum; sie hat nur zugegeben, des Geldes wegen öfter Streit mit Frau Heitmann gehabt zu haben. Von der Blutthat im Keller will sie nichts wissen. Sie bestritt auch dann noch, als man die weiße Schürze, die sie mit einer blauen vertauscht hatte, blutbefleckt in ihrer Wohnung fand, und leugnete auch anderen Indizien gegenüber weiter. Die Blutflecke an der Schürze, auf der auch Fingerabdrücke zu sehen sind, sollen nach ihrer Darstellung von einem Unwohlsein herrühren. Man hat aber auch an ihrer Hand noch Blut gefunden und ebenso unter dem Aermel. Im Laufe des Nachmittags wurde auch Dormann festgenommen. Auch er bestreitet jede Schuld der Mitwissenschaft. Die Vernehmungen durch die Kriminalpolizei wurden zunächst auf dem Revierbureau vorgenommen, erst spät abends wurden Dormann und Frau nach dem Polizei-Präsidialgebäude am Alexanderplatz übergeführt. Von hier werden sie Dienstag in das Untersuchungs-Gefängniß

nach Moabit gebracht werden. Eine Gerichtskommission besichtigte nachmittags den Thatort und abends noch einmal. Vor der Abführung nach dem Alexanderplatz wurden für Frau Dormann aus der Wohnung andere Kleider geholt; alles, was sie anhatte, wurde beschlagnahmt, um von einem Gerichtschemiker untersucht zu werden. Frau Dormann bleibt übrigens nicht beim bloßen Leugnen, sondern sucht den Verdacht auf eine bestimmte andere Person zu lenken. Sie behauptet, ein Möbelhändler, von dem Frau Heitmann Möbel habe, und noch andere nehmen wollte, um ihre neue größere Wohnung auszustatten, sei mit im Keller gewesen und dort mit Frau Heitmann noch geblieben, als sie sich wieder nach Hause begeben habe. Niemand hat aber einen Mann bei den Frauen gesehen.

Der berüchtigte Halsabschneider Heinrich Pariser, gegen den seit längerer Zeit ein Verfahren wegen Wuchers schwebte, ist, wie hiesige Blätter melden, nunmehr — außer Verfolgung gesetzt worden. Die Nervenverfassung des Mannes, so heißt es ungefähr, habe dem Staatsanwalt die Ueberzeugung beigebracht, daß seine Gaunereien nicht im Zustande geistiger Zurechnungsfähigkeit begangen worden seien. Ob diese Zeitungsnachrichten zutreffen, wissen wir nicht und wir nehmen von ihnen daher mit allem Vorbehalt Notiz. Ist an dem Wucherer aber wirklich geistige Unzurechnungsfähigkeit festgestellt worden, so zeigen sich wieder einmal die Vortheile großen Reichthums in blendendem Lichte. Denn die vorzügliche Pflege, die Herr Pariser sich infolge seines erwucherten Vermögens gestatten konnte, scheint — Gott sei Dank — an dem defekten Manne in ganz kurzer Zeit ihr bestes gethan zu haben. Vor einer recht geringen Anzahl von Tagen sah nämlich ein Freund unseres Blattes Herrn Pariser auf der Promenade von Ischl lustwandeln und zwar, soweit ein genau beobachtendes Laienauge zu konstatiren vermag, in solcher Frische und Lebendigkeit, daß wohl kaum ein einziger der vielen Kurgäste beim Anblick dieses Herrn auf den Gedanken gekommen sein dürfte, man habe es in so einem Urbilde gesunder Lebenslust mit einem bedauernswerthen, weil geistig zerrütteten Manne zu thun. Wir sind überzeugt, daß alle, die den großen Wucherer je nach ihrer Lebensanschauung entweder mit Blicken des Neides oder Aeußerungen der Verachtung begegneten, nunmehr beschämt in sich gehen und dem Unglücklichen trotz der augenscheinlichen Besserung seines Zustandes ihr tiefes Mitleid nicht versagen werden.

Ein Selbstmord in der Kaserne des Alexander-Regiments wurde am Sonnabend Abend im Alexanderplatz-Viertel lebhaft besprochen und gab Veranlassung zu allerhand Gerüchten. Es handelte sich indessen weder um einen Offizier, wie behauptet wurde, noch überhaupt um einen Soldaten, sondern um einen Kasernenwärter, der in gar keinem militärischen Verhältnisse stand. Der thatsächliche Hergang ist folgender: Der 44 Jahre alte Kasernenwärter Sommerfeld hatte mit seiner Familie, Frau und fünf Kindern im Alter von 16 bis 7 Jahren, seine Wohnung in der Kaserne. Um der Kinder willen war S. mit anderen in der Kaserne wohnenden Familien in Konflikt gerathen, und da er meinte, daß der Kasernininspektor gegen ihn eingenommen sei, so wurde er mißgestimmt und niedergeschlagen und trug sich öfter mit dem Gedanken, sich versetzen zu lassen. Statt aber die nöthigen Schritte zu thun, griff er schließlich zum Revolver.

Das Verschwinden des Magistratsbuchhalters B. von der städtischen Steuerkasse XI wird gemeldet. B. soll von Gläubigern bedrängt worden sein und sich dann an öffentlichen Geldern vergriffen haben.

Der Zirkus Busch ist am Sonnabend wieder eröffnet worden. Wie immer, so ward dem Direktor wie seinem Personal auch diesmal ein freundlicher Empfang zu theil, bei dem es nicht an Lorbeerkränzen und Blumenarrangements fehlte. Wie uns scheint, hat sich die Qualität der Leistungen zu ihrem Vortheil verändert. Noch im vorigen Jahre suchte der Zirkus Busch etwas darin, das Publikum mit möglichst halsbrechenden Bravourstücken zu überraschen. Die vorgestrige Vorstellung bot kaum dergleichen; das umfangreiche Programm ließ vielmehr erkennen, daß der Direktion weit mehr daran gelegen scheint, Artisten zu haben, die elegant und sicher arbeiten, als solche, die durch Sensationstricks die Zuschauer außer Athem halten. Als Hauptnummer des Programms war sogar das Auftreten eines Mannes verzeichnet, der mit dem Zirkus an sich eigentlich wenig zu thun hat. Der bisherige „Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien," Herr Gebhard, zeigt dem Publikum einfach die Kunst des Reitens an sich, ohne daß er bei seinen vollendeten Vorführungen irgend welche Zirkuskünste zur Geltung bringt. Aus dem Programm nennen wir noch als besonders hervorragend die Drahtseilkünstlerin Mlle. Reiwit, den Jongleur Belling, den Reiter Leon und die Schulreiterin Doré. Der Direktor brillirte mit der Vorführung von sieben prächtigen Hengsten, sowie mit einer äußerst komischen Pferdemaskerade. Ein prächtiges Schaustück war die Anfangsnummer, die den Einzug verschiedener Reitertypen darstellte; das gut geschulte Ballet zeigte sich in dem Divertissement „Die Zusammenkunft der Blumen" von seiner besten Seite.

Das Olympia-Theater in der Karlstraße hat sich mächtig entwickelt. Man könnte sagen, das alte Zirkusinstitut stehe jetzt auf höherer Stufenleiter, wenn die Profanirung eines in der sozialwissenschaftlichen Terminologie überaus beliebten Wortes an einer so unwissenschaftlichen Stelle wie dem lokalen Theil unseres Blattes erlaubt wäre. Im vorigen Jahre noch trampelten Pferde und Kameele ohne eigentliches Verständniß für ihre dramatische Bedeutung über die lange Bühne dahin; die massigen Aufzüge und Ballettänze waren ausschließlich auf Sinnenreiz und Augenblendung gerichtet und ließen kaum dem Gedanken Raum, daß sie mit irgendwelcher Handlung belastet seien. In dem am Sonnabend aufgeführten Ausstattungsstück „Mene Tekel" wird das Publikum jedoch alle Augenblick aus seiner trägen Lüsternheit aufgescheucht. Bald untersteht sich ein Komiker, etwelche Kompletverse in den weiten Raum hinauszuschmettern, bald werden die Aufzüge der Fleischmassen sogar von Szenen gehemmt, die ein völlig opernhaftes Gepräge tragen. Ja, es liegt dem Stücke eine beinahe faßbare Idee zu grunde. Um seinem Prohenthum eine blendende Dekoration zu geben, verlobt Herr Großpietsch seine üppige Tochter mit dem genialen Maler Fritz Stark. Dieser bisherige Hungerleider giebt auf dem Verlobungsfeste seiner alten Liebe den Laufpaß, ertränkt die Gewissensbisse in Sekt und legt sich dann ungeniert aufs Kanapee nieder. Ob solcher Taktlosigkeit empört, wirft sich die junge Braut schleunigst einem alten Verehrer an den Hals. Der Maler aber dusselt selig ein; abermals eine Taktlosigkeit, die allerdings durch den Umstand entschuldigt wird, daß der talentvolle junge Mann jetzt eben den phantastischen Traum zu träumen hat, der das Publikum drei Stunden hindurch ergötzen soll. Der Maler träumt den Kampf des Schönen mit dem Häßlichen, das im Bunde mit dem Mammonismus die Welt beherrscht und dessen Untergang dem neuen Jahrhundert ein warnendes Mene Tekel sein soll. In den jetzt vorgeführten Bildern wird die ausschweifende Phantasie des Textbuch-Verfassers von Regisseur und Dekorateur verschwenderisch unterstützt. Eine farbenschillernde Lügengrotte, die Eisfelder des Goldlandes am Klondyke, der „Tempel der Schönheit", der Werth'heim'sche Modenpalast, die nach dem bekannten Bilde von Böcklin gemalte Todteninsel, das „Fernschloß der Phantasie" sind Vorführungen von kaum zu übertreffender Pracht, die der Direktion des Olympia-Theaters und deren Mitarbeitern alle Ehre machen. Daß das Spiel mit der Preisgabe der Protzentochter und der reuevollen Rückkehr des Malers zu seiner alten Liebe endet, braucht wohl kaum noch gesagt zu werden. Aus der Technik des Stückes verdient, wie schon erwähnt worden, die Neuerung hervorgehoben zu werden, daß dem Werke außer dem dramatischen ein musikalischer Gehalt innewohnt, der unter der tüchtigen Leitung des Kapellmeisters Giorza von den Damen Möller, Antonie und Buchwald und den Herren Berg, Reicher und Steiner nicht allein überraschend gut vorgetragen, sondern dank der vorzüglichen Akustik und dem geschickten Bühnenarrangement auch im ganzen Theater einigermaßen verstanden wurde. Trotz des unbestrittenen Erfolges, dessen die Direktion sich rühmen darf, will uns aber doch bedünken, daß sie sich auf einem Abwege befindet. Schon die Leute, die in eines der gewöhnlichen Theater gehen, haben vor nichts mehr Scheu, als vor dem Ansinnen, daß sie sich bei dem Spiel etwas denken sollen. Je öder ein Stück an Gedankeninhalt, je größer meistens der Erfolg. Wer aber gar ins Olympia-Theater geht, rechnet gar nicht erst mit der Furcht, daß seinem Hirn auch die geringste Anstrengung zugemuthet werden könnte. Wie herbe muß nun die Enttäuschung sein, wenn die Leute sehen, daß das Stück nicht allein einen Inhalt, sondern sogar so etwas wie Tendenz in sich trägt?

Straßenbenennungen. Die Straße 41b der Abtheilung XIII des Bebauungsplanes der Umgebung Berlins ist der Name „Wilhelm Stolze-Straße", der Straße 41c derselben Abtheilung der Name „Pintsch-Straße", der Straße 46b der Abtheilung XIV des Bebauungsplanes der Name „Beyme-Straße" und der Straße 47a derselben Abtheilung der Name „Rother-Straße" beigelegt worden.

Feuerbericht. Sonnabend Abend brannten Jostystraße 2 Kleider und Bretter im Kloset. Sonntag früh 2 Uhr wurde die Wehr gleichzeitig nach Borsigstraße 8 und nach Fichtestraße 8 gerufen. Im ersten Falle handelte es sich um entzündete Preßkohlen im Keller, im anderen Falle brannten Sägespähne und Kisten auf dem Hofe. Kurz nach 5 Uhr ging Kochstraße 11 in einer ärztlichen Klinik ein Schrank mit Elektrisirapparaten in Flammen auf. Görlitzerstraße 5 war 7½ Uhr ein Reisekoffer mit Kleidungsstücken in Brand gerathen. Kurz darauf mußten Waldemarstraße 10 und Kottbuser Damm 100 Kellerbrände beseitigt werden, bei denen es sich um Preßkohlen und brennendes Gerümpel handelte. Rüdersdorferstraße 48 war 11 Uhr mittags ebenfalls ein Kellerbrand abzulöschen. Es brannten Spähne und Kohlengruß. Eine Stunde später wurde die Wehr nach Lortzingstraße 6 gerufen, wo Theer übergekocht war. Nachmittags war dann Reichenbergerstraße 141 noch ein Zimmerbrand zu beseitigen, der Betten und Möbel vernichtete.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Heute Abend punkt 9 Uhr findet im Restaurant Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 89, eine große öffentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg statt. Den Vortrag hält Genosse Paul Hirsch über: „Das Junkerthum — der Hort der Reaktion". Um pünktliches Erscheinen bittet der Vorstand.

Schöneberg. Die Parteigenossinnen und Genossen werden auf die am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Klubhause, Hauptstraße 5, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Fräul. Ida Altmann spricht über folgendes Thema: „Leben oder Traum? Wissen oder Wahn? Die Vertrauensperson.

In Britz findet heute Abend 8½ Uhr im Lokale von Bethge eine Volksversammlung statt, in der Genosse Robert Schmidt über die Bedrohung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch hohe Zuchthausstrafen sprechen wird. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich. Der Vertrauensmann.

Einen schweren Unfall hat am Sonnabend Abend der auf der Station Grunewald beschäftigte Weichensteller Arndt erlitten. Er war bei der Zusammenstellung eines Zuges beschäftigt, als ein vorüberfahrender Stadtbahnzug ihn erfaßte und unter die Maschine warf. Hierbei wurden ihm beide Füße vom Körper getrennt. Der Verunglückte wurde im Krankenkorb nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht. Arndt, der Vater von mehreren unmündigen Kindern ist, dürfte kaum mit dem Leben davon kommen.

Gerichts-Zeitung.

Zu einem unvermutheten Urtheil führte eine Verhandlung vor der 140. Abtheilung des Schöffengerichts, bei welcher Unterschlagungen im Wertheim'schen Geschäft in Frage standen. Der bis zum 1. April d. J. in dem Wertheim'schen Geschäft angestellt gewesene Hausverwalter Wachlen hatte den Verkauf des alten Einpackepapiers und der überflüssig gewordenen Kisten unter sich. Die Umsätze waren bei dem großen Umfange des Wertheim'schen Geschäftes natürlich recht groß. Nachdem der Verwalter am 1. April in das Jandorf'sche Geschäft eingetreten war, entwickelte sich zunächst zwischen ihm und der Firma Wertheim ein Zivilprozeß-Verfahren auf Zahlung der für den Uebertritt zur Firma Jandorf vertraglich festgestellten Konventionalstrafe von mehreren tausend Mark. Gleichzeitig wurde gegen den Verwalter eine Strafanzeige erstattet, nach welcher er längere Zeit hindurch Beträge aus dem Erlöse für verkauftes Papier und Kisten unterschlagen habe. Nachdem im Zivilprozeß ein Vergleich zu stande gekommen war, zog die Firma Wertheim zwar auch den Strafantrag mit dem Bemerken, daß „sie nicht geschädigt sei" zurück; eine solche Zurückziehung ist aber gesetzlich unzulässig. Durch die sehr umfangreiche Beweisaufnahme konnte dem Angeklagten ein direkter Beweis nicht geführt werden, dagegen wurden folgende Momente gegen ihn geltend gemacht: Diejenigen Firmen, welche das alte Papier und die Kisten gekauft hatten, legten ihre Handelsbücher vor und es ergab alsdann eine Vergleichung derselben mit den Einnahme-Kassenbüchern von Wertheim, daß erhebliche Beträge — in einem Falle über 900 Mark — nicht zur Wertheim'schen Kasse geflossen seien. Ferner wurde festgestellt, daß der Angeklagte kurz vor seinem Abgange einige Bücher verbrannt habe und daß dies wahrscheinlich diejenigen Bücher gewesen seien, durch welche seine Schuld hätte bewiesen werden können. Der Angeklagte trat einen Entlastungsbeweis dahin an, daß nicht er allein, sondern auch andere Angestellte Gelder vereinnahmt hatten und daß die Hauptkassirerin, welche die Gelder an sich nahm, wiederholt von anderen Personen vertreten worden sei. Der Staatsanwalt erachtete es zwar für merkwürdig, daß so umfangreiche Unterschlagungen sechs Monate hindurch absolut nicht gemerkt worden seien, hielt aber doch die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte gegen ihn neun Monate Gefängniß und seine sofortige Verhaftung. Rechtsanwalt Haase beantragte dagegen die Freisprechung, da es keineswegs feststehe, ob nicht andere Personen, die mit den Geldern zu thun gehabt, die Unterschlagungen begangen haben. Auch die Verbrennung der Bücher könne den Angeklagten nicht belasten, da er wiederholt die geschäftliche Anweisung gehabt habe, überflüssige Bücher zu verbrennen. — Nach Schluß der Plaidoyers ereignete sich eine bemerkenswerthe Zuspitzung der Situation. Zunächst meldete sich ein Angestellter des Wertheim'schen Geschäfts und bekundete eidlich, daß der Angeklagte nach seinem Abgange ein offenes ausführliches Geständniß abgelegt habe. Gerade als sich der Gerichtshof zurückziehen wollte, meldete sich noch ein Hausdiener des Wertheim'schen Geschäfts und bekundete: Der Angeklagte habe ihm zugestanden, daß er die ihn belastenden Bücher thatsächlich verbrannt habe und ihn gebeten, falls er danach gefragt würde, diese Thatsache zu verneinen. Der Gerichtshof zog sich nach diesen wichtigen Bekundungen zu längerer Berathung zurück, die das Ergebniß hatte, daß der Angeklagte trotz alledem freigesprochen wurde. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten zwar für schwer belastet, aber doch nicht die Möglichkeit für ausgeschlossen, daß vielleicht doch ein anderer die Unterschlagungen begangen habe.

Der Prozeß wegen der Liegnitzer Krawalle, über den wir in der Sonntagsnummer berichtet haben, bot, soweit die Vernehmung der Zeugen in betracht kommt, wenig von Belang. Erwähnenswerth wegen ihrer Widersprüche ist dagegen die Anklagerede des Staatsanwalts, der sich die wenigstens in ideeller Beziehung nutzlose Mühe gab, die Sozialdemokratie für die bedauerlichen Vorgänge verantwortlich zu machen, obgleich er sich in derselben Rede genöthigt sah, die Haltlosigkeit des thörichten Geredes zu betonen, daß sozialdemokratische Agitatoren denkrawall angefacht hätten. Der Vertreter der Anklagebehörde sagte nach dem uns vorliegenden Bericht:

„Man fragt sich, wie sei es möglich, daß in einer Stadt wie Liegnitz, die von ihren Regenten nur stets Wohlthaten empfangen hat, die die hohe Ehre hat, seit 38 Jahren das Regiment Kaiser Wilhelm's des Großen in ihren Mauern zu haben, in einer Stadt, deren Bewohner stets den Ruf friedlicher, ruhiger, königs- und vaterlandstreuer Bürger hatten, solche Dinge geschehen konnten. Es wurde die Behauptung ausgesprochen: der Krawall sei nicht von einheimischen Liegnitzern ausgegangen, er sei von auswärtigen sozialdemokratischen Agitatoren entfacht worden. Allein die Untersuchung hat für diese Behauptungen keinerlei Beweis erbracht. Die Entstehungsursache der Krawalle war die Mißhandlung, die der Bildhauer Löwe seinem Dienstmädchen hat angedeihen lassen, die im übrigen aber ziemlich geringfügig war. Die Sozialdemokraten haben in einer Versammlung erklärt, daß sie mit dem Krawall nichts zu thun haben, sie weisen die Gemeinschaft mit den krawallirenden jungen Burschen zurück, sie wollen ihre Ziele auf gesetzlichem Wege erreichen. Allein zweifellos hatte der Krawall einen sozialdemokratischen Anstrich. Es befanden sich viele Sozialdemokraten unter der krawallirenden Menge. Es wurde die Marseillaise gesungen, man rief: „Es lebe der sozialdemokratische Reichstags-Kandidat Bruhns!" Als ein Mann rief: „In zehn Jahren haben wir den Zukunftsstaat," wurde geantwortet: „Wir müssen sofort den Zukunftsstaat haben, hoch lebe der Zukunftsstaat". Ich bin daher wohl zu der Behauptung berechtigt: Der Krawall hatte einen sozialdemokratischen Charakter. Ich möchte den Sozialdemokraten zurufen: Ihr mögt sagen, was Ihr wollt, die krawallirenden jungen Burschen haben Eure revolutionären Ideen in nicht- oder in schlechtverstandener Weise in ihre Köpfe aufgenommen und sind bemüht gewesen, diese unverdauten Ideen in die praktische That umzusetzen."

Uns will scheinen, daß mit demselben Recht, wie hier ein Staatsanwalt unsere Partei für die Großthaten jugendlicher Radaubrüder verantwortlich macht, der Sozialdemokratie am Ende auch die moralische Mitschuld zugeschoben werden könnte, wenn in irgend einem Herbst einmal die Kartoffelernte schlecht ausfallen sollte. Es ist bei der Verbreitung, die unsere Lehre gefunden hat und die gerade dafür birgt, daß die Befreiung des Proletariats sich nach unserem Wunsch in ruhigen Bahnen vollzieht, nur zu natürlich, daß halbwüchsige Jungen einmal mit Phrasen um sich werfen, über deren meist thörichten Inhalt ein überzeugter Sozialdemokrat nur mitleidig lächeln kann. Was würde der Staatsanwalt sagen, wenn bei einer mit patriotischen Radamontaden eingeleiteten Holzerei in einem Kriegerverein etwa die Monarchie für die vorgekommenen Rohheitsausbrüche verantwortlich gemacht würde?

Der Gerichtshof ging dem uns vorliegenden Bericht zufolge mit keinem Wort auf die anti-sozialistische Rede des Staatsanwalts ein. Es wurde das folgende, überaus harte Urtheil verkündet:

Gegen Jüttner (der sich des mißhandelten Dienstmädchens angenommen hatte. D. R.) wird wegen schweren Hausfriedensbruchs auf 1 Jahr Gefängniß erkannt; die meisten anderen Angeklagten werden wegen theils vollendeten, theils versuchten Landfriedensbruchs, theils wegen beider Strafthaten, sowie zum theil wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und öffentlicher Beleidigung verurtheilt, und zwar Obst zu 4 Monaten, Krause zu 1 Jahr 4 Monaten, Huhn zu 1 Jahr, Buttig, Pietsch und Friese zu je 2½ Jahren, Neumann zu 3 Jahren, Weh und Jäckel zu je 2 Jahren, Wirth und Schmidt zu je 1 Jahr, Senf zu 1½ Jahren, Drescher, Kunzendorf, Straßburg, Göhlich, Wilhelm Hoffmann, Elgner, Krabiell, Leuchtmann, Wachsmann und Josef Hoffmann zu je 9 Monaten, Korgel, Schulze, Schwarz und Wolff wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu je einem Monat, Carl Tschentscher wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu sechs Wochen Gefängniß, Robert Tschentscher wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 50 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängniß. Clemens, der eine ganz besondere Frechheit an den Tag gelegt hat, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und vorsätzlicher Körperverletzung zu 1 Jahr Gefängniß.

Keine Diebin! Die eigenartige Rechtsanschauung mancher Frauen zeigte sich wieder in einer Verhandlung, welche gestern vor der 129. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Eine Frau aus den gebildeten Ständen, die Fabrikanten-Ehefrau Marie Bruhn, sollte ihrem Dienstmädchen ein Zehnmarkstück gestohlen haben. Die Angeklagte machte folgende, durch die Beweisaufnahme bestätigte Angaben: Am 1. Mai hatte sie ein neues Mädchen angenommen unter der Bedingung, daß es die Herrschaft auf der Sommerreise, welche am 11. Juni angetreten werden sollte, zu begleiten habe. Das Mädchen war auch damit einverstanden. Am 3. Juni erklärte das Mädchen der Herrin, daß es nicht mit auf Reisen gehen könne, es sei zu weit und der Vater wolle es nicht haben. Der Angeklagten war dies unangenehm, da sie nicht so leicht passenden Ersatz bekommen konnte. Als alle Ueberredungen nichts fruchteten, begab die Angeklagte sich in Abwesenheit des Mädchens in dessen Kammer und entnahm einem unverschlossenen Kästchen, welches auf der Kommode stand, ein Zehnmarkstück, welches sie am 1. Juni dem Mädchen als Lohn gegeben hatte. Nach der Rückkehr des Mädchens zeigte die Angeklagte demselben das Goldstück mit folgender Ansprache: „Siehst Du, Agnes, dies Zehnmarkstück habe ich Dir aus Deinem Kasten genommen. Da Du die eingegangene Bedingung nicht erfüllen willst und mir durch Hingabe des Miethsthalers, durch die Dir gemachten Geschenke u. s. w. Unkosten gemacht hast, so pfände ich mich an diesem Goldstück." Die Angeklagte wollte durchaus nicht einsehen, daß sie sich durch ihr eigenmächtiges Vorgehen einer unerlaubten Handlung schuldig gemacht habe, obgleich selbst ihr Vertheidiger, Rechtsanwalt Wronker, ihr dies begreiflich zu machen suchte. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß die Angeklagte wegen Diebstahls freigesprochen werden müsse, da ihr jedenfalls das Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise gefehlt habe.

Wegen wiederholten Amtsvergehens stand gestern der ehemalige Postillon Harder vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte fuhr längere Zeit einen Postpacketwagen nach hiesigen Bahnhöfen, insbesondere nach dem Stettiner Bahnhofe, und ist geständig, nach und nach etwa 40 Postpackete unterschlagen zu haben, die er bei der Zuzählung an den abnehmenden Beamten infolge eines besonderen Kniffs nicht abgeliefert, sondern in seinem Wagen behalten hatte. Die Packete waren zumeist solche, die für Soldaten bestimmt waren, und enthielten außer Eßwaaren auch baares Geld und Kleidungsstücke. Mit Rücksicht darauf, daß hier arme Soldaten um die ihnen zugedachten Liebesgaben gebracht worden sind, verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängniß.

Die Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister von Berlin und der Umgegend wollte sich in eine Innung umwandeln. Der Berliner Polizeipräsident verweigerte ihr aber die Genehmigung dazu und stützte sich dabei auf den § 98b Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung, wonach die Genehmigung des Statuts einer neuen Innung versagt werden kann, wenn im Bezirk bereits eine Innung desselben Gewerbes bestehe. Berlin besitzt schon eine Fleischerinnung. Die Klage des Vorstandes der Freien Vereinigung wies der Bezirksausschuß mit der Begründung zurück, daß es beim Obwalten der im § 98b angeführten Umstände dem pflichtgemäßen Ermessen des Polizeipräsidenten überlassen sei, die Genehmigung zu versagen oder nicht. Das Ober-Verwaltungsgericht als Berufungsinstanz erklärte indessen diese Auffassung für verfehlt, hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an den Bezirksausschuß mit der Maßgabe zurück, daß der Bezirksausschuß alle Gründe für und wider die Zulassung einer zweiten Innung selbständig zu prüfen und danach die Angelegenheit materiell zu entscheiden habe.

Der Handel mit Droguen und chemischen Präparaten, soweit sie zu Heilzwecken dienen, kann seit dem 1. Januar 1897 untersagt werden. Auf grund der in betracht kommenden Bestimmung der Gewerbe-Ordnung ging der Berliner Polizeipräsident gegen den Droguisten J. Leßner vor, indem er geltend machte, L. habe sein Gewerbe in einer dem Leben und der Gesundheit gefährlichen Weise betrieben. Leßner ist 14 mal wegen Uebertretung der polizeilichen Vorschriften über die Aufbewahrung von Giften und wegen Handels mit Arzneimitteln, die dem freien Verkehr entzogen sind, bestraft worden. Im Jahre 1896 wurde ihm die

Erlaubniß zum Handel mit Giften entzogen, weil er „mit unerhörter Dreistigkeit" fortgesetzt die Vorschriften für sein Gewerbe übertreten habe. Am 5. August 1897 fand dann eine Geschäftsrevision statt, die ergab, daß L. trotzdem eine größere Anzahl von Giften in seinem Laden und den Nebenräumen lagern hatte und daß sie unordentlich und unsauber aufbewahrt wurden. Auch hat nach einer vom Bezirksausschuß getroffenen Feststellung der Vertreter des Beklagten trotz des Verbots in einem Falle zweifellos Gift verkauft. Der Bezirksausschuß erkannte dahin, daß dem Leßner der Handel mit Droguen und chemischen Präparaten, die zu Heilzwecken dienen, für die Zukunft zu untersagen sei. Leßner legte Berufung ein und sein Vertreter betonte vor dem Ober-Verwaltungsgericht, daß alle Vorgänge aus der Zeit vor dem 1. Januar 1897 bei der Entscheidung nicht zu berücksichtigen wären, da die angewandte und einzig anwendbare neue Gesetzesbestimmung erst mit diesem Tage in kraft getreten sei. Was aber die Geschäftsrevision vom 5. August 1897 ergeben habe, sei noch nicht so schlimm, um die Untersagung des Handels zu rechtfertigen. Auch könne es dem Beklagten nicht angerechnet werden, daß sein Vertreter einmal verbotswidrig Gift verkauft habe. Der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts bestätigte das Urtheil des Bezirksausschusses mit folgender Begründung: Wenn durch ein neues Gesetz bestimmte Gewerbe den Gewerben zugerechnet würden, die untersagt werden könnten, dann könne die Klage auf Untersagung nicht auf Thatsachen gestützt werden, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes lägen. Es sei indessen zulässig, diese Vorgänge zur Charakterisirung der Person heranzuziehen. Das Gericht nehme nun an, daß das, was nach dem 1. Januar 1897 begangen wurde, in Verbindung mit der Charakterisirung aus den früheren Vorgängen vollkommen ausreiche, die Untersagung zu rechtfertigen.

Die kürzlich von einem Staatsanwalt ausgegebene Parole, daß bei dem immer mehr um sich greifenden Unfug des Messerstechens jeder Messerstich mit einem Jahre Gefängniß strafrechtlich eingeschätzt werden sollte, findet mehr und mehr ihre praktische Ausführung durch die Gerichte. Gestern stand der Arbeiter Gerard, der aus ganz nichtigem Grunde zum Messer gegriffen und damit Unheil angerichtet hat, vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der bisher noch unbestrafte Angeklagte machte sich eines Abends ein Vergnügen daraus, an der Ecke der Gotzkowsky- und Altmoabiterstraße eine Frau, die am Arme ihres Mannes auf dem Heimwege begriffen war, anzurempeln. Als der Ehemann ihm diese Ungezogenheit verwies, griff er diesen an und versetzte ihm mehrere Schläge in das Gesicht. Als auf den entstandenen Lärm mehrere Personen dem Bedrängten zu Hilfe kamen, zog der Angeklagte ein Messer und verletzte damit den Klempner Kirchhövel, der ihm nichts zu Leide gethan, an der Hand. Der Verletzte hatte mehrere Schnitte über die Finger davon getragen, die für ihn die bedauerliche Folge hatten, daß ein Finger steif geblieben ist. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Angeklagte sich wie ein richtiger Rowdy betragen habe und deshalb keine Milde verdiene. Das Urtheil lautete auf zwei Jahre Gefängniß bei sofortiger Verhaftung. Viel besser als so ein roher Raufbold sind doch die gebildeten Raufbolde daran, die wegen ihrer frivolen Duellprügeleien höchstens auf die Festung kommen können!

„Wie wäre es, wenn ich Ihnen diese meine letzte Rose schenkte?" Mit diesen Worten wandte sich der Blumenhändler Wilhelm Thiele an eine ältere, ihm gänzlich unbekannte Frau, die ihm in der Mittagsstunde des 2. Juni in der Rigaerstraße begegnete. Er knüpfte an die Annahme des Geschenks aber eine Bedingung, die der ehrbaren Frau die Schamröthe ins Gesicht trieb. Sie rief kurz entschlossen nach einem Schutzmann und ließ den Unverschämten festnehmen. Thiele soll seine im Zustande der Angetrunkenheit begangene That mit einer Gefängnißstrafe von drei Monaten büßen. Im gestrigen Termine vor der Berufungskammer versuchte er vergebens eine mildere Strafe zu erzielen, das erste Erkenntniß wurde bestätigt.

Landesverrathsprozeß. Aus Leipzig wird vom Montag berichtet: Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann heute Vormittag der Landesverrathsprozeß gegen den Wirth Peter Mindorff aus Verviers. Dieser hat den Bezirksfeldwebel Hahnenbruch aus Aachen zu bestimmen gewußt, im Zivilanzuge nach Verviers zu kommen. Dort hat er ihm einen Schriftsteller Junghans aus Brüssel vorgestellt, und Hahnenbruch hat demselben militärische Pläne, militärische Fahrpläne, Mobilmachungspläne u. s. w. ausgeliefert. Mindorff erklärt, er habe dem Junghans geglaubt, daß dieser die Aktenstücke zur Herstellung einer Broschüre verwenden wolle. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Mindorff zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizei-Aufsicht. Bei der Strafzumessung hielt der Gerichtshof die Gemeingefährlichkeit des Treibens des Angeklagten für erwiesen.

Wie auf dem Lande die Autorität aufrechterhalten wird. Aus Erfurt wird uns berichtet: Am 18. Juli dieses Jahres kam der Knecht Wilhelm Voigt aus Kühnhausen, der auf dem dortigen Gut beschäftigt ist, früh 20 Minuten vor Fünf, nach Ansicht des Inspektors bereits 1 Stunde zu spät auf Arbeit. Voigt entschuldigte sich bei dem Inspektor Beier, er sei spät von der Kirmeß in Alach nach Hause gekommen und habe die Zeit verschlafen. Der Inspektor drängte ihn nach dem im Hofe stehenden Brunnen, drückte ihn hinterrücks über den Brunnentrog unter die Pumpe, pumpte ihm, um ihn zu „ermuntern", Wasser in das Gesicht und ohrfeigte ihn. Der Geohrfeigte hat, wie das ärztliche Attest besagte, verschiedene Verletzungen davongetragen; er verklagte deshalb den Inspektor und gestern hatte sich das Erfurter Schöffengericht mit dieser Angelegenheit zu befassen. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 20 Mark. Der Nebenkläger, durch Herrn Rechtsanwalt Andersek vertreten, betonte die ganz besondere Rohheit in der Handlungsweise; diese sei in der That die Ursache, daß die ländlichen Arbeiter immer mehr nach der Stadt drängen, er beantrage, dem Angeklagten eine an den Verletzten zu zahlende Buße von 7,50 M. aufzuerlegen. Der Gerichtshof lehnte den Antrag des Nebenklägers auf Zahlung einer Buße ab und verurtheilte den Inspektor zu fünf Mark Geldstrafe; der Inspektor habe geglaubt seiner Autorität etwas zu vergeben, wenn er nicht so gehandelt hätte, wie geschehen! Das sei als Milderungsgrund anzurechnen. Da darf man sich nicht wundern, wenn auch andere Arbeitgeber ein Lüstchen verspüren, sich für fünf Mark auf solche Weise die nöthige „Autorität" zu verschaffen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Tapezirer! Infolge der schlechten hygienischen Zustände der Tapezierwerkstatt der Firma A. Wertheim, Leipzigerstraße, sahen sich die dort arbeitenden Tapezirer genöthigt, vorige Woche die Forderung um Aenderung dieser Zustände zu stellen. — Die von der Firma als berechtigt anerkannte Forderung wurde durch die Entlassung zweier Arbeiter und der Androhung weiterer Entlassungen illusorisch gemacht. Folgedessen legten die Tapezirer der Werkstatt die Arbeit nieder. Die Forderung, die beiden Entlassenen wieder einzustellen, wurde mit dem Hinweis beantwortet, daß man dann die Auflösung der Werkstatt anordnen werde. Wir erwarten von den Berliner Kollegen, daß sie alle Arbeiten, welche die Firma durch Zwischenmeister anfertigen läßt, zurückweisen. Die Agitationskommission der Tapezirer.

Deutsches Reich.

In Dresden haben die Dachdecker den Streik aufgehoben. Der Kampf ist durch das Verhalten der Indifferenten verloren gegangen. Ein Theil der Ausständigen ist abgereist und waren nur noch 37 am Ausstande betheiligt.

Achtung, Arbeiter der Celluloidbranche! Sämmtliche Arbeiter der Celluloidwaaren-Fabrik von Schencke u. Engelmann, Leipzig, Glockenstraße, haben die Arbeit niedergelegt. Den Arbeitern wurden bedeutende Lohnreduktionen zugemuthet.

Ausland.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Wahrscheinlich werden wir in den nächsten Tagen unseren ersten großen Pferdebahn-Streik bekommen. Sämmtliche Kopenhagener Stadtbahn- und Omnibuslinien (darunter eine elektrische) sind vor kurzer Zeit in eine große Aktiengesellschaft vereinigt worden, welche von der Kommune Monopol für 40 Jahre bekommen hat unter der Bedingung, daß die bestmöglichen Arbeitsbedingungen eingeführt werden sollten. Der administrative Direktor dieser Gesellschaft, Lautrup, ist aber ein mehr als gewöhnlich hochmüthiger Herr; er hat sich geweigert, mit der Organisation der Pferdebahn-Funktionäre zu unterhandeln und ganz eigenmächtig ein Reglement diktirt, in welchem die Arbeitszeit zu 15 Stunden täglich und der Lohn zu 17—28 Kronen wöchentlich festgestellt ist.

Die Angestellten sind mit diesem Reglement unzufrieden und verlangen, daß Herr Lautrup ihre Organisation anerkennen und mit ihr verhandeln soll. Sie verlangen einen 10stündigen Arbeitstag und den Lohn auf 20—28 Kronen wöchentlich erhöht. Dem Direktor ist ein Ultimatum mit diesen Bedingungen überreicht. Der Bürgermeister für die öffentlichen Arbeiten, Jilgaard, und der Vicevorsitz der Bürgerrepräsentation, Genosse P. Knudsen, haben sich als Schiedsrichter angeboten, aber Herr Lautrup weigert sich, eine Verhandlung einzuleiten, und wenn er sich nicht bald eines besseren besinnt, hat Kopenhagen seinen ersten allgemeinen Pferdebahn- und Omnibus-Streik bekommen.

Der Streik der Pariser Erdarbeiter dauert unverändert fort. Die Unternehmer haben dem Gemeinderath, der sie zu einer Aeußerung veranlaßt hatte, den Bescheid zugehen lassen, daß sie auf ihrem ablehnenden Standpunkte verharren müßten.

Unternehmer-Verbände.

Die Weber-Innung in Sorau, die auf ein Alter von 234 Jahren zurückblicken kann, hat die Auflösung beschlossen. Charakteristisch sind die Gründe, welche der Obermeister Mühl für die Auflösung geltend machte. Er führte u. a. an, seit 10 Jahren sei niemand mehr Meister geworden, seit einer Reihe von Jahren sei kein Lehrling mehr aufgenommen worden. Die meisten Gesellen und Meister seien in die Fabriken gegangen. So sei der Innung der Lebensfaden abgeschnitten. An stelle der Innung soll nun eine Weber-Vereinigung geschaffen werden.

Der Kongreß der Spinner und Weber wird demnächst in Berlin zusammentreten. Aus diesem Anlasse hat in Düsseldorf eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der Handelskammern von Krefeld, Barmen und Elberfeld, sowie von Garn-Interessenten aus Rheinland und Westfalen stattgefunden, in welcher eine „Vereinigung rheinisch-westfälischer Handelskammern und Garn-Produzenten" ins Leben gerufen wurde zu dem Zwecke, eine Erhöhung der Zölle abzuwehren und weitere Vergünstigungen anzustreben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

P. F. In dieser Woche kommen Sie an den bekannten Tagen, wo juristische Sprechstunde abgehalten wird. Genosse St. ist um 7 Uhr auf der Redaktion zu sprechen.

F. K. Das Treiben der Heilsarmee sollte doch jedem Arbeiter so bekannt sein, daß er nicht noch durch besondere Artikel in unserem Blatt von deren Veranstaltungen gewarnt zu werden braucht. Wer auf die Reklameversammlungen dieser guten Leute noch hineinfällt, dem ist eben nicht zu helfen.

P. B. 76. Sie haften für die Miethe, da der Vertrag giltig ist und nicht durch einseitigen Rücktritt aufgelöst wird. — **Neue Hochstr. 9.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein. — **O. K. 61.** Die Eltern haften nicht, Sie müssen, soweit ersichtlich ist, zahlen. — **30 C. S.** Das war die Antwort.

Briefkasten der Expedition.

C. L., München. Gegen Einsendung von 35 Pf. in Briefmarken können Sie die gewünschten Nummern von uns beziehen.
O. Nerre, Stettin. Inserat 1,20 M., Abonnement 1,50 M.

Witterungsübersicht vom 26. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R
Swinemünde	762	WNW	2	wolkig	6	Haparanda	760	NO	4	Regen	7
Hamburg	764	NW	2	wolkenl	7	Petersburg	760	SO	1	Nebel	3
Berlin	763	Still	—	heiter	8	Cork	761	S	4	wolkig	16
Wiesbaden	764	Still	—	wolkenl	7	Aberdeen	765	SO	1	bedeckt	8
München	764	W	2	heiter	6	Paris	763	NO	2	wolkenl	6
Wien	763	Still	—	wolkig	6				—		

Wetter-Prognose für Dienstag, den 27. September 1898.
Trocken und vorwiegend heiter, ein wenig wärmer bei schwachen nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

5. Wahlkreis.
Donnerstag, den 29. September 1898, abends 8½ Uhr,
im „Schützenhause", Linienstrasse 5:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung vom 13. September. 1. Berichterstattung über die Brandenburger Konferenz. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Mitgliedes zur Agitations-Kommission. 4. Abrechnung von der Reichstagswahl.
217/11 **Die Vertrauensleute.**

Wahlverein
für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 27. September, abends ½9 Uhr:
Zwei Versammlungen
Schönhauser Vorstadt: Wernau, Schwedterstrasse No. 23.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: **Die Bedeutung Leo Tolstoi's.** Referent: **G. E. Kitzler.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 247/13
Moabit: Sprechallen, Kirchstr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: **Die Handelsverträge.** Referent: **Dr. Alfred Bernstein.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste willkommen.
NB. Da Ende Oktober die **Generalversammlung** stattfindet, werden die Mitglieder ersucht, bis Mitte Oktober eventuelle Anträge beim Vorstand einzureichen.
Der Vorstand.
Max Kiesel, Kolbergerstr. 2, IV.

Beim **Quartalswechsel** empfehlen sich folgende
Partei-Speditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gaßmann, Grünthalerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Schillerstr. 94, v. 1 Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstraße 8. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Gockel, Baumschulstr. 82 v. III.
Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegen genommen.**
Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.

Achtung! Maurer! Achtung!
Dienstag, den 27. Septbr., abends 8 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstr. 112:
Große Mitglieder-Versammlung
der Zahlstellen Berlins und Umgegend des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die zukünftige Verbreitung des „Grundstein" in der Zahlstelle Berlin II. 2. Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge zum Streikfonds. 3. Gewerkschaftliches.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.
263/15 **(Zentral-Verband der Maurer).** J. A.: **Wilh. Fritsch.**

Achtung! Putzer! Achtung!
Mittwoch, den 28. September 1898, abends 7 Uhr,
in Cohn's Festsälen, Beuthstrasse 19/20:
Große öffentl. Versammlung
der Putzer Berlins und Umgeg.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Revisoren. 2. Beschlußfassung über die in den 3 Wanderversammlungen gestellten Anträge und Ansichten.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht dringend
263/16 **Die Lohnkommission.**

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (größere zum Reißen). **Schlachtfedern,** wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50, füllfertiger Gänserupf M. 2,00, bessere daunige Waare M. 2,50, 3,00, beste schneeweiße M. 3,50, russische Daunen M. 3,50, weiße böhm. Daunen M. 5,00, gerissene Federn M. 1,50, 2,00, 3,50. Prima gerissene M. 3,00, 2,50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Für 3 Mark
Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Krausenstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. [6059L*

Stempel-Fabrik von **Robert Hecht,** Berlin S., Oranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung. **Kautschuk-Typen „Perfekt"** zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1,50 M.** an.

Sophastoffe auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [49719*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Außergewöhnlich große Posten
Gardinen,
Bett-, Tisch- und Schlafdecken,
— Bettzeuge, Inletts —
Parchende
für Kleider, Unterröcke u. Beinkleider.
Warps,
Normalhemden, woll. Herren-Westen, Herren- und Damen-Beinkleider,
Schürzen,
nur reelle gute Qualitäten stelle ich von heute ab
bedeutend unter Preis
zum
Ausverkauf!
Carl Schloss,
Wienerstrasse 22. Grünauerstrasse 1.

Wo kaufen Sie Ihre Zigarren? Bei [5955L*
Binneböse, Schillingstr. 36.

Berliner Ressource,
Tel.: Amt IV 9675,
Kommandantenstr. 57,
Fest-Säle
Sonnabend, 15. Oktober cr., frei geworden. 12535

Von der Reise zurück.
Dr. Curt Freudenberg,
12645 Oranienstr. 37, I.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Große Hamburgerstr. 20. I.

„Hülfe"
für jedermann in Krankheitsfällen durch baare Geldunterstützung für äußerst billige Monatsbeiträge erhält man bei der Krankenkasse **„Hülfe", Berlin SO., Skalitzerstr. 82. I,** am Schlesischen Thor.
Agenten allerorts gesucht. 6526

Grosser Posten
Emaille-Kochgeschirr,
Eimer u. Wannen, wird wegen Aufgabe des Lagers zu jedem annehmbaren Preise verkauft. An Wiederverkäufer nach Gewicht enorm billig.
Markgrafenstr. 19.

Paneelsopha, Garn., Ruhel., Divan, Kleidersp., Wäschesp., Büchersp., Schreibt., Buff., Speiset., Bettst., Spiegel, Teppich, Bilder, bill., verkauft **Landsbergerstraße 77 (Möbelspeicher).** 9275

Porzellan-, Glas- und Seifen-Geschäft krankheitshalber zu verkaufen. Wienerstr. 28. 12385

Betten, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Portièren, **Regulateure,** Remontoir-Uhren, **Anzüge,** Hosen, Reisekoffer, Operngläser spottbillig
Pfandleihe Neanderstr. 6.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 9901L*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 27. September:

Opernhaus. Das Rheingold. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Jörg Trugenhoffen. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Großmama. Anf. 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Eugen Onégin. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frühlingswende. Hierauf: Eifersucht. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Haubenlerche. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Napoleon oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Schluntz sel. Wwe. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die beiden Waisen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Monde. Anfang 8 Uhr.
Parodie-Theater. Tugend.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag:
Die Haubenlerche.
Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Mittwoch:
Der Geizige.
Donnerstag:
Die Haubenlerche.
Freitag zum 1. Male:
Mauerblümchen.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55–57.
Direktor: Rich. Schultz.
Novität. Zum 25. Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Im 2. Bilde: **Die Moden des Jahrhunderts.**
Im 5. Bilde: **Eva's Vermächtniß.**
Anfang d. Vorst. ½8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. Morgen u. folgende Tage:
Das Paradies der Frauen.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassenöffnung ½7 Uhr, Anf. ½8 Uhr. Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Heute, Dienstag: Geschlossen.
Morgen, Mittwoch, zum **1.** Male:
Jocko's Streiche
Burleske in 3 Aufzügen nach dem Englischen des **James Carlisle** von W. Sallis. Jocko: **Paul Herbig a. G.**
Donnerstag und folgende Tage: **Jocko's Streiche.**
Sonntag Nachmittag zu kleinen Preisen: **Maria Stuart.**

Circus Busch

Dienstag, 27. September 1898, abends 7½ Uhr:
Elite-Abend.
Auftreten des Herrn
Franz Gebhardt,
Ritter p. p., bisheriger langjähriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien.
Zusammenkunft der Blumen, gr. Ballet-Divertissement (150 Damen), arrangirt von dem kgl. Hof-Balletmeister **Ottavi.**
Das lebende Monument.
Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhaftester Ausführung.
Auftreten von Alfred Leon, Miss Doris, Miss Allen. Die berühmtesten Reitkünstler u. Künstlerinnen der Gegenwart in ihrem Genre. **Alf. Daniels,** Gigerl-Klown. **Mlle. Melwitz,** Drahtseilkünstlerin. **Director Busch** mit seinen neuen Dressuren.
Morgen, Mittwoch: **Soirée équestre.**

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5–10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Neues September-Programm.

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118.
Emelina Ethardo. Henry Taylor.
Consuelo Tortajada
The Missouris. Horsleb u. Cordelly.
Jean Clermont.
Les Minstrels Parisiens.
Comtesse Ferrucci. The Cardownies.
Otto Reutter
Ducreux-Giralduc u. s. w.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Metzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree **50** Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Logen 1 bis 2 M. Tageskasse 11–1 Uhr.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Neu! Neu!
Fred Edlawi.
Erster deutscher Original-Blitz-Verwandlungs-Schauspieler mit seiner Sensationskomödie
Eine Minute zu spät.
Sechs Personen dargestellt von Edlawi.
Neu! Nuscha Melitta, Neu! Sport-Soubrette in ihrem eleganten **Ponny-Gespann.** Neu! **Balleni,** Kaleidoskoptänzerin. — Ferner: **Carola Carla,** Prima-Ballerina. — **Helene Voss.** — **Max u. Ernst Wardini.** — **Molly Verch.** — **Barsikow Truppe.** — **Weiser Trio.** — **Carré und Banola.**
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.
Entree 50 Pfg.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Straße 97.
Novität! Täglich: **Novität!**
Isabella.
Komische Oper von Franz von Suppé.
Novität! Novität! Novität!
Außerdem der reizende Schwank: Neu!
Die Unentbehrliche.
Kolossaler Lacherfolg!
Gesammtauftreten des durchweg neu engagirten **Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben an allen Wochentagen Giltigkeit. — Direktion: **A. Kolig.** Artistischer Leiter: **A. Runge.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 22. Male:
Schluntz sel. Wwe.
Gesangsburleske in 3 Akten von O. Haneld, bearbeitet v. J. Dill. Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
— Vorzugsbillets haben Giltigkeit. —
Im Tunnel: **Konzert.** Anf. 7 Uhr. Mittwoch bis Freitag: **Schluntz sel. Wwe.** Sonnabend: **Die Geier-Wally.** Sonntag Nachmittag: **Die Räuber.**

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Novität! **Täglich:** Novität!
Das verschleierte Ballet!
Operetten-Burleske von Stix. Musik von Roth. In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Neu! Vorher: **Neu!**
Schach und Matt.
Schwank in 1 Akt von Carlos Duchow.
Gesammtauftreten des durchweg neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Berliner Sänger

u. Theater-Ensemble **Tyll Eulenspiegel.**
Direktion: **Oskar Klein — Gustav Oberg.**
10 Damen, 12 Herren, groß. Orchester.
Jeden Montag u. Freitag in der
Viktoria-Brauerei.
Jeden Dienstag in der
Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Lipps. **Am Königsthor.**
— Humor auf Humor. —
Beginn 7½ Uhr, Billet 75 und 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.

Böhmisches Brauhaus

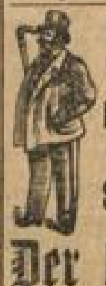
Landsberger Allee 10/11.
Vom Dienstag, den 27. September ab:

Hippel's Stettiner Quartett- und Couplet-Sänger.
Anfang 8 Uhr
Entree 50 Pfennige.
Billets à 40 Pf. vorher bei Herrn **Neumann,** Landsbergerstraße 1.
32/12*

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute, Dienstag, den 27. September:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schauspiel in 4 Akten von Wilbrandt. Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Morgen, Mittwoch: **Die Tochter des Herrn Fabricius.**

Concerthaus.



Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluß:
Der liebe Onkel.
Lustspiel in 4 Akten von Rudolph Kneisel.

Olympia-Theater

(Circus Renz) Karlstrasse.
Heute u. folgende Tage:
Mene Tekel
Sylvester-Phantasie m. Gesang u. gr. Balletts in 3 Akt. (11 Bild.)
Anfang 8 Uhr.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Charley's Tante.
Burleske.
The Onras, Gymnastiker. **Miss Alice,** Taubenkönigin.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Max Kliem's Theater.

Hasenhaide Nr. 14–15.
Täglich im Theater-Saal:
Vorstellung.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5½ Uhr.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Letzte Woche!
CARL HAGENBECK's INDIEN.
Schaustellungen in der gedeckten Arena: 5 und 7 Uhr nachmittags.
Vorstellungen im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Avis! Schulkinder, wenn klassenweise, zahlen an Wochentagen in Begleitung der Lehrer nur **10 Pf.,** wofür **5 Uhr-Schaustellung in der Arena frei!** Lehrer haben völlig freien Zutritt.
Sonntag, den 2. Oktober: **Abschieds-Schaustellung.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 56562*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Central-Festsäle Central-Theater.

Fernsprecher Amt IV No. 2770. **Alte Jakobstr. 32.** Fernsprecher Amt IV No. 2770.
Vergröss. Festsäle mit neuer Bühne und elektrischem Licht.
Säle für Gesellschaften, Hochzeiten, Festlichkeiten und **Versammlungen** von 100 bis 1000 Personen.
Einige Sonnabende und Sonntage noch frei.
Geß. Bestellungen erbitte in meiner Stehbierhalle.
6097L* **Franz Müller.**

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9–6. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. *

Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden
preisgekrönten dänischen Kautabak
aus der größten Tabaksfabrik Dänemarks **C. W. Obel, Aalborg** und **Kopenhagen. — General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8.** Telephon-Amt VII 3861. 54049*

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx &c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Karol Weil's Karola
ist die Lieblingsseife der Damen.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131. Koulante Zahl.-Bed. **H. & M. Lewent.** Beamten ohne Anzahl.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag: **Jeden Dienstag:**

Norddeutsche Sänger
Biegler, Woff, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Flora-Säle

1000 Pers. fass. Elektr. Beleuchtung.
Besitzer: **Bernh. Nieft, Weberstr. 17.**
Sonnabende Septemb. bis Dezember gratis zu vergeben. †*

Altes Schützenhaus,

Linienstrasse 5,
empfiehlt seine **„neuen"** Säle.

Buss' Ball-Salon,

Gr. Frankfurterstr. 85.
empfiehlt seine **Säle** zu Versammlungen und **Vergnügungen.**
Oktober und November sind noch einige Sonnabende frei.

Kl. Saal (ca. 30–40 Personen) an Vereine zu vergeben. **Sander,** Köpenickerstr. 158. 10715*

Empfehle mein **Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lokal.** Große Vereinszimmer sind zu vergeben. 6091L*
Otto Franke, Pallisadenstr. 9.

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang. Brauerei Barghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. &c. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., beseit. bess. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. überr. 14 Flasch. drei, 30 zehn M. exkl. In Geb. (¼, ⅛, 1/16) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandtst. f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nichtflaschenzahl — Qual. entscheid.

Für 36 Mark

fertige feine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8–12 Mark feine Hosen nach Maß. [6060L*
Riesenstofflager
Krausenstr. 14. I (kein Laden)

Gr. Möbelverkauf,

passende Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 15, Möbel-Ausstattungsmagazin, sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verliehen gewesenen und zurückgesetzten Möbel, Kleiderspind 20, Küchenspind, Kommoden 15, Bettstelle mit Matratze 20, nußbaumfournirte Kleiderspinden und Wäschespinden 36 Mark, Muschelspinden und Vertikow 36, französische Muschelbettstellen mit Matratzen 40, Säulen-Kleiderspinden, Trumeaux, Plüschgarnitur 60 Mark, Buffets, Kaulissentische, Paneelsofas, Damen-, Herrenschreibtische. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportirt. 51962*

Möbel

verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 58880*
Neue Königstraße 59.

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 58649*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den koulantesten Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Wegen Räumung.
Gardinen und [56302* **Stores,**
crême und weiss, fabelhaft billig.
Gardinen-Lager
J. Adler, Teppichhaus
Spandauerstrasse 30, gegenüber dem Rathhause.

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst Frankfurter Allee 110 I,** Ecke Königsbergerstr.

Wichtig für Brautleute! Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause.
Bukow, Tischlermeister, **Invaliden-Straße 13.**

Sozialdem. Wahlverein für den II. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß das Mitglied 238/18
Ludwig Leibing
verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Sept. nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. Um rege Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.
E. H. 86, Hamburg. Bezirk C.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser derzeitiger Bevollmächtigte
Ludwig Leibing
am Sonnabend, den 24. d. M., plötzlich verstorben ist. 12625
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus, in Mariendorf, Feldstraße, statt.
Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 25. d. M., morgens 10 Uhr, verstarb unser lieber Sohn
Adolf
im 11. Lebensjahre an der Gehirnhaut-Entzündung. 12576
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Zorndorferstr. 55 aus statt.
A. Stroh und Frau.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe meines unvergeßlichen Mannes, des Restaurateurs
Heinrich Hoffmann,
drängt es mich, für alle Beweise der Liebe und Theilnahme meinen herzlichsten, tiefgefühlten Dank auszusprechen. Meinen Dank den verehrten Vereinen für die prachtvollen Kränze und das zahlreiche Geleit zur letzten Ruhestätte. Dank allen Genossen, Kollegen und Freunden, welche das Grab des Dahingeschiedenen so reichlich mit Kränzen schmückten, ihm die letzte Ehre gaben. Dank allen, die mir in den schweren Stunden mit Rath und That zur Seite standen.
12606 **Anna Hoffmann, Pankow.**

Blumenhandlung P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 14.
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 50459*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets &c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert

Möbel auf **Theilzahlung**
Gr. Frankfurterstr. 34
S. Lichtenthal
Ausstattungs-Magazin, altes renom. Geschäft, besteht schon über 20 Jahre.

5¼ Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr. 9. Kraustr. 19.
Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Frdl. Schlfst., bill., sep., Gartenausf., Lehmann, Wilhelmstr. 28, Hgbd. IV.
Schlafst., sep., 7,50 M., Markgrafenstr. 9, Quergeb. 2 Tr., geradezu. 1258b
Schlafstelle, möbl. f. 2 H., sep., verm. Wwe. Looß, Brunnenstr. 170, v. II.
Saub. Schlafstelle, sep. E., f. Herrn, Kottbuserstr. 2, H. r. 3 Tr. b. Pawlak.
Möbl. Schlafst., Flureing., 14 M. m. Kaffee Admiralstr. 26, 2 Tr. b. Becker.
Theilnehmer f. gutmöbl. Schlafstelle-Balkong., b. **Kummer,** Muskauerst. 43, IV.
Möbl. Schlafstelle f. Herrn Reichenbergerstr. 31, vorn 3 Tr. bei **Pape.**
Freundl. Schlafstelle für Herrn bei **Wilotzki,** Planufer 31. 1254b
Freundl. möbl. Schlafstelle, sep., f. H., Johanniterstr. 16, v. 4 Tr. l. 1256b

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Mamsells auf einfache Stückjakets, 1,50–2,00 M., ohne Ausfertigen, außer dem Hause, **Fritz,** Gerichtstr. 16, I. E. Kolbergerstr.
Farbigmacher verl. Andreasstr. 16.
Einpacker auf Goldleisten Andreasstr. 16.
Plätterinnen auf Stehkrag., geschw., Umlegekragen u. Manschetten, in und außer dem Hause sucht **Treppe,** Schönhauser Allee 167a, Fabrikg. IV.
Kinderschürzen-Näherinnen verlangt Strelitzerstr. 31, vorn 4 Tr. geradezu.

Bildhauergehilfe.
2–3 tüchtige Holz-Bildhauer können gute und dauernde Beschäftigung in Kopenhagen erhalten. Offerten sub **A. K. 838** an **Aug. J. Wolff & Co. Ann.-Bureau Kopenhagen, K.** erbeten.
Mädchen vl. Schönhauser Allee 143, pt. l.
Karton-Arbeiterinnen v. Pape, Wassergasse 3 (Ecke Rungestr.). 1108b
Ciseleur-Lehrling verlangt Gozdziewski, Prinzessinnenstr. 29 III.
1 Silberarbeiter. 1 Lehrling verl. **Rehrmann,** Stallschreiberstr. 57.

Verantwortlicher Redakteur: **Hugo Poetzsch** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.